

107548

15373

Befehlshaber der Sicherheitspolizei
und des SD = Oslo

Oslo, den 28. November 1942.

Te
L

3.10.7
B

Tgb.Nr. 31/42g.

A14/IIa

Geheim!

A.O.K. Norway (PO)
11. DEZ 1942
5758 44

Armeearzt Norwegen
Eing.: 1 1. DEZ 1942
Abt. *WR* Nr. 1313/42 pol.

Meldungen aus Norwegen

Nr. 48

WR
O. Qu. ✓

Vorliegender Bericht ist nur **persönlich** für den Empfänger bestimmt
und enthält Nachrichtenmaterial, das der Aktualität wegen **unüber-**
prüft übersandt wird.

(Bewusstseinsverlust)

Inhaltsübersicht.

A - Allgemeine Lage.

- a) Stimmung.
Seite: 1 - 2
- b) Innerpolitische Entwicklung.
Seite: 3 - 6

B - Gegner.

- a) Allgemeine Widerstandsbewegung.
Seite: 7 - 8
- b) Kommunismus, Sabotage
Seite: 8 -
- c) Kirche
Seite: 9 - 10

C - Lebensgebiete.

- a) Nasional Samling.
Seite: 11 - 16
- b) Norwegische Legion, Waffen-SS, Germanske-SS
Seite: 17 - 18
- b) Volksgesundheit.
Seite: 19 - 21
- c) Kulturelle Gebiete Seite: 22 - 35
Seite: 22 - 24 Kulturpolitik
Seite: 25 - 28 Schule und Erziehung
Seite: 29 - 31 Theater
Seite: 32 - 35 Presse
- d) Verwaltung und Recht.
Seite: 36 - 42
- e) Wirtschaft.
Seite: 43 - 50.

A . - . Allgemeine Lage.

a) Stimmung.

Der Rückzug Generalfeldmarschalls Rommel in Nordafrika, die amerikanisch-englische Landung in Französisch-Nordafrika sowie die neuerliche sowjetrussische Offensive beiderseits von Stalingrad hat der Zuversicht der norwegischen Bevölkerung auf den Sieg der Alliierten einen starken Auftrieb gegeben.

Meldungen aus Tromsø, Bergen, Stavanger und Oslo berichten von einem Freudentaumel, von Begeisterung, von Freudenfeiern usw. unter den Jössingern. Die Parole "Weihnachten in einem freien Norwegen" ist nach Meldungen aus Oslo in weiten Bevölkerungskreisen verbreitet. In diesem Zusammenhang kann erwähnt werden, daß der frühere Dompropst Hygen sich zu einem Gewährsmann dahingehend äußerte, daß es für Deutschland sehr schlecht stehe und es nicht ausgeschlossen sei, daß die Deutschen in Kürze Norwegen verlassen müßten. Da damit gerechnet werden müsse, daß die Bevölkerung gegen die Deutschen gewalttätig vorgehen würde, trage er sich mit dem Gedanken, eine kirchliche Gegenaktion vorzubereiten, die beruhigend auf die Massen einwirken solle. Es schwebte ihm vor, z.B. einen Saal in Oslo zu mieten, um dort Massenversammlungen abzuhalten, in denen die christliche Bevölkerung - wenn es so weit wäre - aufgefordert werden solle, den abziehenden Deutschen keine Haß- und Rachegefühle zu zeigen. Hygen versuchte, den hiesigen Gewährsmann dazu zu bewegen, daß dieser einen Antrag Hygens auf achttägige Aufenthaltsgenehmigung in Oslo zum Zwecke der Vorbereitung seines Planes den deutschen Stellen vortrage.

Trotz dieser optimistischen Stimmung wird auch aus ausgesprochenen Gegnerkreisen berichtet, daß man vor übereilten Hoffnungen auf eine kurz bevorstehende Kriegsentscheidung warnt und darauf hinweist, daß die militärische Schlagkraft Deutschlands noch nicht endgültig gebrochen sei.

Bemerkenswert ist ferner, daß trotz der allgemein gesteigerten Siegeszuversicht keine wesentliche Veränderung in der Haltung der Bevölkerung gegenüber den Deutschen festzustellen ist. Diese Tatsache dürfte zu einem großen Teil auf den nachhaltigen Eindruck des Drontheimer Ausnahmezustandes zurückzuführen sein und zum anderen damit zusammenhängen, daß ein großer Teil der Bevölkerung der Auffassung ist, es lohne sich jetzt - wo der endgültige Sieg der Alliierten sowieso kurz bevorstehe - nicht mehr, durch irgendwelche deutschfeindlichen Demonstrationen seinen Kopf aufs Spiel zu setzen.

In diesem Zusammenhang wurde sowohl in Oslo als auch in anderen Landesteilen in ständig zunehmender Masse die Beobachtung gemacht, daß sich die gegnerische Stimmung immer schärfer gegen die Nasjonal Samling richtet, während die Erbitterung gegen die Deutschen etwas zurücktritt. Umgekehrt sind innerhalb der Nasjonal Samling trotz der Bemühungen eines großen Teils der Parteiführung zur Durchsetzung des großgermanischen Gedankens in steigendem Umfange durchaus deutschfeindlich zu nennende Tendenzen (Oslo) sowie Versuche, sich bei den Jössingern anzubiedern, festzustellen.

Die in den letzten Wochen gegen die in Norwegen ansässigen Juden durchgeführten Maßnahmen (s. "Meldungen aus Norwegen" Nr. 47 sowie Teil B der vorliegenden "Meldungen") haben in weiten Kreisen der Bevölkerung Erbitterung gegen die Deutschen sowie Anteilnahme an dem Schicksal der Juden ausgelöst. Der Umfang dieser Reaktion ist stärker als zunächst aus dem hier vorliegenden Bericht erkennbar war. Selbst weite Kreise innerhalb der NS stehen den gegen die Juden getroffenen Maßnahmen verständnislos gegenüber.

b) Innerpolitische Entwicklung.

Die innerpolitische Lage ist weiterhin durch den Zustand gekennzeichnet, der in den vorigen "Meldungen aus Norwegen" (Nr. 47) dargestellt worden war.

Die gegnerische Propaganda arbeitet mangels anderer innerpolitischer Anlässe vor allen Dingen mit dem Hinweis auf die sich ständig verschlechternde militärische Situation der Achsenmächte sowie mit Darstellungen der prekären Ernährungs- und Brennstoffversorgungssituation.

Obgleich die Schwierigkeiten in der Versorgung der Bevölkerung im allgemeinen mit den deutschen Ansprüchen erklärt werden, ist doch ganz bemerkenswert, daß sich die Kritik häufig gerade auf die NS konzentriert. So heißt es z.B. in einem in Oslo erfaßten Flugblatt, daß die Deutschen kein Interesse daran hätten, daß die Versorgungsschwierigkeiten einen derartigen Umfang annähmen, daß die Produktionskraft des Landes geschwächt würde. Die Brennstoffversorgungskrise in Oslo z.B. sei keine notwendige Folge der deutschen Beschlagnahmungen, sondern sei vielmehr auf die korrupte Haltung des Innendepartements und insbesondere des Fylkesmann Stenersen zurückzuführen. In diesem Zusammenhang wird ein angebliches Memorandum des früheren Expeditionschefs im Innendepartement und jetzigen Fylkesmann von Hedmark Vries-Hassel zitiert, worin es u.a. heißen soll, daß die gewaltigen Gehaltsbezüge und übrigen ökonomischen Vorteile, die Stenersen sich verschafft hätte, ohne Beispiel in der norwegischen Verwaltung seien.

Seit längerer Zeit ist innerhalb des gegnerischen Lagers eine langsame Verschiebung des Schwergewichts von bürgerlichen auf kommunistisch-marxistische Kreise zu beobachten. Diese Entwicklung ist zweifellos zu einem großen Teil auf die zielbewußte Politik kommunistischer Elemente zurückzuführen. So heißt es z.B. in den hier erfaßten Richtlinien für die Gewerkschaftspolitik u.a.:

- 4 -

1. Die Arbeiterklasse nimmt eine besonders gekennzeichnete, eine historische Stellung in der Produktion ein. Deshalb auch die strategische Hauptstellung der Arbeiterklasse in der nationalen Kriegsfront gegen die deutsche Besatzungsmacht. Deshalb trägt auch die Arbeiterklasse die Verantwortung für die Zukunft des norwegischen Volkes. Deshalb stellt die Arbeiterklasse sich die Aufgabe, die treibende Kraft in Norwegens nationalem Freiheitskampf zu sein.
2. Die Nazifizierung des Arbeitslebens und der Ernährungsorganisationen des Landes ist ein Glied in Hitlers Kriegspolitik. Diese Nazifizierung geht darauf hinaus, den Deutschen die Herrschaft über die Arbeitskraft Norwegens zu sichern, um die Produktion zugunsten der deutschen Wehrmacht aufrechtzuerhalten und zu steigern und um den nazistischen deutschen Staatsapparat in Norwegen auszubauen, um dem Deutschland Hitlers die unbeschränkte politische und wirtschaftliche Gewalt über die Vorräte unseres Landes und über die Lieferung von Menschenmaterial zu sichern.
3. Die fachorganisierten Arbeiter müssen den Kampf gegen die Nazifizierung der Gewerkschaften und gegen die Pläne der Deutschen zur Aufstellung einer "Arbeitsfront" und eines "Rikstings" fortsetzen und steigern. Alle norwegischen Vertrauensleute in den Fachvereinen, Gemeinschaftsorganisationen und Verbänden müssen als Vertrauensleute in dem nazifizierten "Gewerkschafts"-Apparat aufhören und mit aller Kraft an der Befreiungsarbeit Norwegens teilnehmen. Die Arbeiter der Gewerkschaften und in den Arbeitsstätten müssen jede Verbindung mit den NS-Bonzen und ihren Helfershelfern in dem nazifizierten "Gewerkschafts"-Apparat abbrechen. Alle Streitigkeiten in den Arbeitsstätten werden in direkten Verhandlungen zwischen den Arbeitern und Arbeitgebern abgemacht. Die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter dürfen nicht mehr damit fortfahren, die Quislingpropaganda und die Helfer der Deutschen in den Gewerkschaften zu finanzieren. Die Parole ist deshalb "Keinen Mitgliedsbeitrag mehr

- 5 -

zahlend. Das

zahlen." Die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter sollten ihren Gewerkschaftsbeitrag zu den Einsammlungen auf den Arbeitsplätzen zur Finanzierung des Kampfes für Norwegens Freiheit geben.

4. Die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter müssen sich an die Spitze eines effektiven Kampfes gegen die deutsche Kriegsproduktion in Form einer Organisierung aktiver Sabotage, z.B. Vernichtung und Sprengung kriegswichtiger Betriebe, Zerstörung von Maschinen und Transportmitteln usw.usw. stellen. Der Kampf gegen die Zwangsausschreibungen für deutsche Kriegsarbeit wird fortgesetzt und weiter zur organisierten Massenräumung der deutschen Kriegsanlagen durchgeführt. Die Arbeiter, welche wegen solcher Handlungen von der Gestapo verfolgt worden, sind in Sicherheit zu bringen und werden der nationalen Kriegsfront zur aktiven Arbeit für Norwegens Freiheit und Selbständigkeit angegliedert.
5. Die fachorganisierten Arbeiter müssen sich an die Spitze des Aufbaues der nationalen Front an den Arbeitsplätzen stellen, um alle Norweger - Arbeiter, Funktionäre, Ingenieure und Arbeitgeber - zum gemeinsamen Kampf auf allen Gebieten gegen die nationalen Unterdrücker zu sammeln. Die besten Kämpfer der Arbeiterklasse müssen gegen die Gestapo geschützt werden und ihnen muß eine illegale Existanz zugesichert werden."

Gegenüber dieser Radikalisierung der gegnerischen Front unter kommunistisch-marxistischer Führung zeigt die NS neuerlich Schwächen, die durchaus als ernst anzusehen sind. Das Vertrauen in die Parteiführung ist stark beeinträchtigt worden. Die neuerlichen militärischen Erfolge der Alliierten haben bei zahlreichen Parteimitgliedern Zweifel an der Richtigkeit ihres politischen Standortes aufkommen lassen. Das Verhältnis der breiten Masse der Mitglieder zu Deutschland hat sich verschlechtert.

- 6 -

Die Diskussion um die Nachfolge des verstorbenen Propaganda-Ministers Dr. Lunde ist nunmehr durch die Ernennung von Minister Fuglesang zum Chef des Departements für Kultur und Volksaufklärung beendet worden. Minister Fuglesang behält seine Stellung als Parteiminister und Generalsekretär der NS bei. Gleichzeitig wird in der Presse mitgeteilt, daß der bisherige Bürochef im Staatsratsekretariat Th r a n a zum Staatsratssekretär ernannt worden sei. Diese Funktion wurde bisher ebenfalls von Minister Fuglesang ausgeübt. Die Bezeichnung "Staatsratsekretär" ist in die eines "Regierungssekretärs" umgeändert worden. Ob Minister Fuglesang weiterhin Einfluß auf die Geschäfte des Staatsratsekretariat nehmen wird, ist bisher noch nicht bekannt.

B. - G e g n e r .a) Allgemeine Widerstandsbewegung.

Die Ereignisse auf dem afrikanischen Kriegsschauplatz haben die Hoffnungen des deutschfeindlich gesinnten Teiles der norwegischen Bevölkerung neu belebt. Man sieht in den Meldungen aus Afrika ein wertvolles Propagandamittel zur Aufrichtung des Widerstandswillens gegen Deutschland und hält es aus diesem Grunde nicht mehr für notwendig, die illegale Flugblattpropaganda in dem früheren Umfange zu betreiben. Man glaubt auch, die Gefährdung der Flugblattverteiler, mit der man jetzt durch die neue Verordnung zum Schutze der besetzten norwegischen Gebiete vom 12.10.1942 in verstärktem Masse rechnet, nicht mehr in dem früheren Ausmasse verantworten zu können. Es hat sich auch tatsächlich gezeigt, daß die Flugblattverteilung in den letzten Wochen abgenommen hat.

Wenn auch äussere Widerstandshandlungen nicht festgestellt wurden, so haben doch die Ermittlungen gegen die verschiedenen Gegnergruppen ergeben, daß die Organisation des Widerstandes gerade jetzt in besonders starkem Masse betrieben wird, was sowohl auf den Auftrieb der durch die Folge der militärischen Lage in Afrika entstandenen Hoffnungen wie auf die besonderen Anweisungen zu einer verstärkten Tätigkeit durch die britischen Agenten zurückzuführen ist. Wie weit der Widerstandswille der in den Gegnergruppen aktiv mitarbeitenden Norweger gewachsen ist, geht daraus hervor, daß die Zahl der Selbstmorde von Häftlingen, die nicht zu Verrätern ihrer Sache werden wollen, steigt. Bezeichnend dafür ist der Selbstmord des in einer Abwehrsache festgenommenen Norwegers Anders Corneliussen, der allein über wichtige Verbindungen der Militär-Organisation "4343" Angaben machen konnte. Corneliussen gelang es am 23.11., als er der Vernehmung im Dienstgebäude der Sicherheitspolizei Oslo, Viktoriaterrasse, zugeführt werden sollte, kurz vor dem Betreten des Dienstgebäudes dem zugeteilten Beamten einige Schritte zu entweichen und er stürzte sich trotz Fesselung beider Hände im freien Sprung über ein Geländer

- 8 -

auf den 10 m unter der Viktoriaterrasse gelegenen Ruselökveii.
Er verstarb an den Folgen der durch den Sprung erlittenen
Verletzung eine Stunde nach der Einlieferung im Krankenhaus.

b) Kommunismus, Sabotage.

Bei der Auswertung des bei den letzten Ermittlungen gegen die kommunistischen Funktionäre gefundenen Schriftenmaterials und bei den Vernehmungen der festgenommenen Kommunisten hat sich ergeben, daß die Landesleitung der KPN in letzter Zeit die Parole ausgegeben hat, alle geeigneten Norweger zum Aufbau einer großen illegalen Organisation zu werben, gleichgültig, ob es sich um Links- oder Rechtsstehende handelt. Die kommunistische Partei beabsichtigt, eine Einheitsfront gegen die Nasjonal Samling und die Deutschen zu schaffen. Aus diesem Grunde bedienen sich die Kommunisten jetzt in ihrer Werbe- und Propagandaarbeit der Schlagworte aller politischen Richtungen, und es ist z.B. bei ihren Flugschriften oft wegen der darin gebrauchten patriotischen Schlagworte nicht zu erkennen, daß sie kommunistischen Ursprungs sind. Diese Bemühungen sind nicht ohne Erfolg geblieben. Die Ermittlungen haben ergeben, daß zahlreiche Jössinger bewußt oder unbewußt die kommunistische Widerstandsarbeit unterstützt haben. So ist z.B. festgestellt worden, daß den illegal lebenden Kommunisten von mehreren norwegischen Amtspersonen der Versorgungsstellen bis zu 1000 Lebensmittelkartenhefte monatlich geliefert werden. Die letzten großen Aktionen gegen die kommunistischen Zentralstellen haben zunächst einmal die aktive kommunistische Widerstandsarbeit lahmgelegt und die Kommunisten gezwungen, sich z.Zt. in erster Linie mit der Sicherung ihrer gefährdeten Genossen zu beschäftigen. Die Auswertung des bisher vorliegenden Materials hat schon zur Aushebung einer aus 35 Personen bestehenden kommunistischen Gruppe in Bergen geführt.

c) Kirche .

Auf das in den "Meldungen aus Norwegen" vom 14.11.1942 erwähnte Protestschreiben aller kirchlichen Richtungen über die Behandlung der Judenfrage durch die norwegische Regierung verfaßte Expeditionschef Feyling einen Entwurf zu einer Gegenklärung, die am 25.11.1942 dem Ministerpräsidenten Quisling vorgelegt wurde. In diesem Entwurf befaßt sich Feyling mit der Stellung und dem Einfluß der Juden in der gesamten Welt und führt in einigen Beispielen auf, wie es den Juden gelungen war, Einfluß in Politik und Wirtschaft zu gewinnen.

Im weiteren Verlauf seiner Antwort kommt Feyling auf die Judenfrage in Norwegen zu sprechen und auf die Maßnahmen, die von der norwegischen Regierung gegen die Juden getroffen wurden.

Nachdem Feyling Luthers Stellung zur Judenfrage angeführt hat, schließt er mit der Feststellung, daß nichts dagegen einzuwenden sei, wenn die Kirche freimütig die Staatsleitung an ihre Pflichten Gott gegenüber erinnere, daß jedoch in allen Fällen die Voraussetzung sein müsse, daß die Kirche auch die Staatsleitung anerkenne, ihren Gesetzen gehorche.- Ob die Versendung der Antwort Feylings an die kirchlichen Stellen vom Ministerpräsidenten genehmigt wird, ist noch nicht bekannt. Aus der von Feyling erwähnten Meinung Luthers über die Juden wurden am 24. November von den Zeitungen "Fritt Folk" und "Aftenposten" u.a. folgende Stellen aus Luthers gesammelten Werken wiedergegeben.

"Verbrennt ihre Synagogen und Schulen und was nicht ganz verbrennt, soll mit Erde bedeckt werden, so daß für ewige Zeit kein Christ mehr Stein und Schlacke von ihnen sehen kann..... Aus demselben Grunde sollen sie ihre Häuser niederbrechen, sie betreiben dort dasselbe wie in den Synagogen. Sie sollen in einem Versteck oder Stall wohnen, damit sie wissen, daß sie nicht in unserem Lande Herren sind..... Nehmt ihnen Bibel, Talmud und alle Gebetbücher, aus denen sie ihre Bosheit und Haß den Christen gegenüber

gelehrt haben Verbietet den Juden, unsere Strassen zu betreten Gebt den Juden und Jüdinnen Art, Hacke, Spaten, Spinnrad und Webstuhl, so daß sie im Schweisse ihres Angesichts ihr Brot verdienen können..... Laßt uns mit ihnen Abrechnung halten über das, was sie uns durch Wucher geraubt haben und laßt uns sie aus dem Lande hinaustreiben."

Obwohl zahlreiche Versuche mit der Kirchenopposition, zu Verhandlungen zu kommen, gescheitert sind, besteht im Kirchendepartement der Wunsch, nochmals Vermittlungs- und Verhandlungsversuche aufzunehmen. In einem Vorschlag an die Regierungsversammlung vom 18. November 1942 weist Expeditionschef Feyling darauf hin, daß innerhalb tonangebender Kreise der Partei der Wunsch bestehe, ernste Versuche zu machen, die Unruhe in kirchlichen Kreisen zum Aufhören zu bringen oder jedenfalls stark abzdämpfen. Der Kirchenkonflikt schade der Partei und sei als eine der wesentlichsten Ursachen anzusehen, daß die Partei keine Fortschritte mache. - Da es nach seiner Meinung klug sei, mit der Leitung der Opposition zu verhandeln, will sich Feyling jedoch zunächst der Einstellung der führenden Personen in Partei und Staat dieser Frage vergewissern. Er schlägt daher vor, den Bischöfen, Fylkesförern, Fylkesmännern, Landesleitern, Polizeibehörden und dem Reichsadvokaten folgende Frage vorzulegen:

"Glauben Sie, daß der Vorschlag vom 15. August ds.Js. über die Verhandlungen zwischen dem Kirchendepartement und der Kirchenopposition angenommen werden muß, so daß Berggrav freigegeben wird und sämtliche zurückgetretenen Bischöfe zu Verhandlungen einberufen werden mit dem Ziel der Beilegung des Kirchenkonfliktes?"

Auf Seiten der übrigen Regierungsmitglieder scheint nicht die Absicht zu bestehen, neue Verhandlungen mit der Kirchenfront aufzunehmen. Die von Feyling vorgeschlagene Frage wird daher zunächst den betreffenden Personen nicht vorgelegt werden.

Schule und Erziehung.

Die Gesamtlage auf dem Gebiet der Schule und Erziehung hat sich weiterhin in ihrer bisherigen Gestalt erhalten. Die negative Haltung des weitaus größten Teils der Lehrer- und Schülerschaft dauert unvermindert an, tritt jedoch nur gelegentlich und in Einzelfällen mit gegnerischen Handlungen greifbar zutage. Die geistige Bereitschaft zum Widerstand gegen die Ideen und Maßnahmen der Neuordnung hat sich indessen derart konsolidiert, daß an vielen Schulen die Haltung und Meinung des Jössing-Typus nahezu totalitär geworden ist. Bei dem durchweg geübten Zusammenstehen der beteiligten Lehrer- und Schülerkreise ist deren politische Obstruktion außerdem praktisch mit sehr wenig Risiko verbunden, zumal die Organe der staatlichen Schulaufsicht in vielen Fällen nach wie vor nicht intakt sind oder es bei ihnen an anderen Dingen - wie Autorität, Energie, Verwaltungserfahrung usw. - fehlt. Unter diesen Umständen hat die Opposition im Laufe der Zeit eine Festigkeit und Stärke erwerben können, die beinahe jederzeit in der Lage ist, die Kräfte und Personen, die sich gegen ihre Solidarität wenden, zu isolieren und auszuschalten. Auf diese Weise geschieht es immer wieder, daß jungen befähigten Nachwuchskräften der NS der Schulgang derart verleidet oder sogar zur seelischen Tortur gemacht wird, so daß sie vorzeitig ihre Ausbildung abbrechen und damit für die Führungsaufgabe häufig verloren gehen. Die vorstehend geschilderten Verhältnisse sind im Laufe der beiden letzten Jahre für das gesamte norwegische Gebiet in zunehmendem Masse festgestellt worden, treten jedoch hinsichtlich ihrer zeitlichen Aktualität oder ihres Umfanges in den verschiedenen Landesteilen mit gewissen Unterschieden auf.

Eine besonders ablehnende Haltung seitens der Schule ist in jüngerer Zeit vor allem wieder in den Küstengebieten von Kristiansand, Stavanger und in etwa auch von Bergen festzustellen. Aus Stavanger wird in diesem Zusammenhang berichtet, daß in erster Linie das Milieu der St.Svithun und der Kongsgaard-Schule immer wieder als ein Kern der geistigen

Widerstandsfront in Erscheinung tritt. In den letzten Monaten haben sich laufend Übergriffe seitens der feindlich eingestellten Schülerschaft gegen NS-Angehörige ereignet, was wiederholt ein deutsches Einschreiten erfordert hat. Im Zusammenhang mit den vorstehend gekennzeichneten Verhältnissen hat auf Betreiben einiger Eltern von NS-Schülern der Ordfører von Stavanger dem Unterrichtsdepartement einen entsprechenden Bericht erstattet. Dieses hat daraufhin den Fylkesfører Dr. H a e r e i d des dortigen Groß-Fylkes ermächtigt, von sich aus Maßnahmen gegen Schüler, die die NS-Kinder an den Schulen terrorisieren, in Form von Geldbussen, Schulverweisen oder Verwarnungen anzuordnen. Fylkesfører Dr. Haereid ist in der Zwischenzeit in Stavanger eingetroffen.

Aus Bergen wird berichtet, daß neuerlich in Odda (Hardangerfjord) die Lage an der Schule gewissen politischen Störungen ausgesetzt ist. Eine besondere Aktivität wird dabei vonseiten zweier Lehrerinnen entfaltet, die sich in ihren Hetzereien vor allen Dingen gegen die Neuordnung wenden. Daneben scheint sich besonders der kürzlich aus Nord-Norwegen zurückgekehrte Lehrer Finn B r o w n als politischer Gegner zu bestätigen. Obwohl er aus dem Dienst entlassen worden ist, findet er sich täglich in der Schule ein. Wahrscheinlich wird dabei von seiner Seite eine bestimmte Agitation betrieben. Die Ermittlungen konnten bisher noch nicht zum Abschluß gebracht werden.

Ein charakteristischer Einzelfall, der die vielfach ganz besonders weitgehende Verhetzung des weiblichen Teils der Lehrerschaft kennzeichnet, ereignete sich kürzlich auf der Insel K a l v a a g im Sognefjord. Der Sohn des Kreisleiters im norwegischen Lehrerbund, G u d d a l , verstarb als Angehöriger der Norwegischen Legion während seiner Ausbildung. Beim Bekanntwerden dieser Nachricht veranstaltete die Bevölkerung der Insel Kalvaag geradezu ein Freudenfest, wofür die Lehrerin F o s s a n e , deren feindliche Einstellung gegen den Lehrerbund hinreichend bekannt ist, ihre im dortigen Schulhaus befindliche Wohnung zur Verfügung stellte. Die Lehrerin Fossane

wurde wegen ihrer besonderen Rolle bei dem fraglichen Vorfall in Haft genommen.

Aus Larvik wird berichtet, daß, während die Mittelschule von Porsgrunn am 26.10.1942 ihre übliche 11 Uhr-Pause hatte, durch den Schuldiener an der zum Gebäude gehörigen Fahnenstange die norwegische Flagge auf Halbmast gesetzt wurde. Als die Schulkinder sich daraufhin nach dem Grund erkundigten und den Tod von Minister Lunde und Frau erfuhren, nahmen verschiedene Schüler dieses mit einem "Bravo" zur Kenntnis. Festgestellt wurden als Beteiligte die Schüler Mikal L i e - K n u d s e n (Sohn der Frau Ingeborg Knudsen, der früheren Sekretärin des berüchtigten norwegischen Kommunisten Nordahl-Grieg, der z.Zt. von London eine wilde Agitation betreibt) und Tonn O l s e n . Seitens der NS in Porsgrunn war beabsichtigt, die Schule auf 1 Jahr zu schliessen. Nachdem das Fylkeskontor der NS in Skien sich gegen die geplante Maßnahme ausgesprochen hatte, wurden die Schüler für einen Monat vom Unterricht ausgeschlossen.

Der Widerstand gegen den Lehrerbund ist nach wie vor der Hauptinhalt verschiedener illegaler Flugblätter. Es werden darin u.z. bestimmte Verhaltensregeln bezüglich der demnächst zu erwartenden Einforderung der Mitgliedsbeiträge, der Berufung von Lageförern (Ortsgruppenleitern) des Lehrerbundes usw. erteilt. Daneben gehen die illegalen Blätter besonders darauf ein, daß "diese Organisation, die (im Vergleich zu allen früheren Fachverbänden in Norwegen) eine einzig dastehende Machtposition erhalten habe, nicht auf ein einziges Ergebnis, sei es fachlicher, erzieherischer oder wirtschaftlicher Art, verweisen könne oder auf irgend etwas anderes, wo der Lehrerbund zum besten der Schule oder der Lehrerschaft gewirkt habe."

In dem zuletzt erfaßten Flugblatt wird unter der Überschrift "Haltung" der Widerstand der Lehrer in einer längeren Lobpreisung gefeiert und als leuchtendes Beispiel herausgestellt. Der im Tone eines eindringlichen Appells gehaltene zweite Teil dieser Schrift schließt mit folgenden Tendenzen:

"Es gilt dem Feinde die Stirn zu zeigen: Der NS und den Deutschen. Widerstand an allen Fronten, in allen Formen, aus allen Lagern. Und zwar umso verbissener, je schlimmer es wird. Nur im Kampf liegt der Keim zum Siege."

Das Departement für Kirche und Unterricht sandte am 16.9.d.Js. folgendes Rundtelegramm an die Schulvorstände, die NS-Fylkesfører und die Gauwarte des Lehrerbundes:

"Die nach Nordnorwegen verbrachten Lehrer werden nun in absehbarer Zeit zurückkehren. Wenn die zuständigen Leiter der staatlichen Schuldirektorate, die NS-Fylkesfører und die Gauwarte des Lehrerbundes ihre Zustimmung geben, und der betreffende Lehrer Mitglied des Lehrerbundes ist, kann er wieder in seine bisherige Stellung eintreten, oder unter gegebenen Umständen anderenorts entsprechende Verwendung finden. Sollten über die Behandlung einzelner Fälle unterschiedliche Auffassungen vertreten werden, ist die Angelegenheit dem Departement vorzulegen."

Die vorstehende Weisung ist später dahingehend modifiziert worden, daß grundsätzlich alle Lehrer aus Kirkenes auf ihre früheren Posten zurückkehren und nur in den Fällen, wo dies aus politischen Gründen untragbar erscheint, ist Versetzung oder Entlassung aus dem Dienst durchzuführen. Die oben wiedergegebene Weisung des Unterrichtsdepartements kommentierte der Leiter des Staatlichen Schuldirektorates von Oslo, R o g n e (NS), wie folgt:

"Das Schuldirektorat ist nicht unterrichtet, wer von den verhafteten Lehrern Mitglied des Lehrerbundes ist oder nicht und weist im übrigen darauf hin, daß ihm bisher kein Bericht darüber vorliegt, weshalb die betreffenden Lehrer in Haft genommen wurden. Bisher sind desweiteren keine Klagen über die Angelegenheiten der verschiedenen verhafteten Lehrer im Rahmen der Schule oder außerhalb von ihr hier eingegangen, weshalb der Schuldirektor jeglicher Unterlagen für eine individuelle Beurteilung der Frage evtl. weiterer Strafmaßnahmen gegen die aus Nordnorwegen zurückkehrenden (zurückgekehrten) Lehrer entbehrt. Es wird daher angeregt, daß der NS-Fylkesfører und der Gauwart des Lehrerbundes durch die zuständigen Schulvorstände nach hier eine Aufstellung mit näheren Begründung betreffs der zurückkehrenden Lehrer einsendet, von denen man glaubt, daß sie noch eine weitere Strafe verdient haben."

Der Leiter des Staatlichen Schuldirektorates von Oslo, Rogne, gilt als eine Persönlichkeit, die ihre Zugehörigkeit zur NS gelegentlich mit ebenso eigenwilligen wie ungewöhnlichen Auffassungen verbindet.

Theater.

Das norwegische Theaterleben hat infolge der bestehenden Heizmaterialknappheit ein vorläufiges Ende gefunden. Mit Wirkung vom 23.11.1942 wurde die Schliessung aller norwegischen Theater für die Winterspielzeit angeordnet und, abgesehen von zwei Osloer-Theatern und dem Drontheimer Theater, auch bereits durchgeführt.

In Oslo können zwar das "Norske Theater" und das "Chat Noir-Kabarett" vorläufig noch ihren Spielbetrieb aufrecht erhalten, da sich diese Bühnen in Geschäftshäusern befinden, die ohnehin geheizt werden müssen. Eine endgültige Entscheidung über die Weiterbenutzung der beiden Theater ist jedoch noch nicht getroffen, so daß evtl. auch hier mit einer Schliessung gerechnet werden muß. Seitens des Theaterdirektorats ist nach einer Besprechung mit den Osloer Theaterleitern ein Plan aufgestellt worden, der unter Berücksichtigung der noch verbliebenen Möglichkeiten die weitere Gestaltung des Osloer Theaterbetriebes regeln soll. Danach würde das Norske Theater von dem Nationaltheater mitbenutzt werden, während das Chat Noir den übrigen Osloer Theatern zur Verfügung stehen soll. Hierbei würden das Nye Theater, das Central Theater und das Karl Johan-Theater jeweils ihre Spielwoche am Abend haben, während die beiden Revuetheater Chat Noir und Edderkoppen abwechselnd jeden Nachmittag ihre Revuen spielen sollen.

Besonders schmerzlich wird die Schliessung des Nationaltheaters empfunden, da eine evtl. Mitbenutzung des Norske Theaters für das Nationaltheater aus technischen Gründen nur in geringer Masse möglich ist. Man will daher versuchen, eine Genehmigung zur Aufrechterhaltung des Nye Theaters anstelle des Chat Noir-Kabarett zu erhalten, da das Nye Theater die beste technische Einrichtung, u.a. eine versenkbare Bühne besitzt, so daß sich hier mehrere Theaterbetriebe besser durchführen liessen. Dazu befinden sich auch im Gebäude des Nye Theaters Geschäftsräume, so daß ein Teil dieses Gebäudes

ohnehin weiter geheizt werden muß. Außerdem habe gerade das Nye Theater vor kurzem die Genehmigung des Versorgungsdepartements zur Beschaffung des für die Winterspielzeit erforderlichen Brennmaterials erhalten. Solange aber die Frage der evtl. Weiterbenutzung des Nye Theater anstelle des Chat Noir noch nicht geklärt ist, spielen vorläufig das Norske Theater und das Chat Noir ihren eigenen Spielplan weiter.

In Drontheim kann der Theaterbetrieb vorläufig noch weiter geführt werden, da das Trøndelag Theater eine elektrische Hilfsheizanlage besitzt, die eine Aufwärmung des Gebäudes bei nicht allzu starker Winterkälte ermöglicht.

Als Nachfolger für den während des Ausnahmezustandes in Drontheim erschossenen Theaterdirektor Henry Gleditsch vom Trøndelag Theater wurde der bisher im Theaterdirektorat als Journalist tätige Johan Barclay-Nitter eingesetzt und am 19.11.1942 in sein Amt eingeführt. Barclay-Nitter ist NS-Mitglied. Ob aufgrund dieser Tatsache ein Besucherboykott erfolgen wird, läßt sich im Augenblick noch nicht übersehen. Nach Äußerungen aus Gegnerkreisen ist jedoch damit zu rechnen, zumal in dem Parallellfall, beim Norske Theater - wo ein NS-Mitglied (Cally Monrad) anstelle des geflüchteten Theaterchefs (Knut Hergel) eingesetzt wurde - bereits jetzt deutlich eine Boykottbewegung im Theaterbesuch zu bemerken ist.

In Bergen muß die repräsentative Bühne, die Nationale Scene, ihren Betrieb vorläufig einstellen. Eine Mitbenutzung des Komedia-Theaters, das sich in einem Geschäftshaus befindet und daher weiterspielen kann, ist aus theatertechnischen Gründen nicht möglich. Von norwegischer Seite versucht man durchzusetzen, daß das jetzt als Kino dienende ehemalige Ole Bull-Theater mit benützt und das Theaterprogramm anstelle der letzten Kinovorstellung um 21 Uhr gespielt werden kann.

Im übrigen hat gerade in Bergen die Anordnung der Theaterschliessung sehr ungünstig auf die öffentliche Meinung gewirkt, da die in Bergen erschienene diesbezügliche Presseveröffent-

- 31 -

lichung ohne Angabe eines Grundes für diese Maßnahme erfolgt ist. Dazu kommt, daß die "Nationale Scene" bereits im Frühjahr etwa 80% des erforderlichen Heizmaterials eingekauft hatte und daher in der Lage wäre, bei einiger Sparsamkeit den Winterspielplan durchzuführen.

Da nun die erwähnte Maßnahme generell für alle Theater verfügt wurde und die bei den einzelnen Theatern vorhandenen Heizvorräte als für deutsche Zwecke beschlagnahmt angesehen werden sollen, ist man in Schauspielerkreisen und in der theaterinteressierten Öffentlichkeit der Meinung, daß man von deutscher Seite das norwegische Theaterleben vernichten wollte. Dies umsomehr als ja das "Deutsche Theater" in Oslo weiter spielen könne. Gerade im Hinblick auf die zuletzt angeführte Tatsache werden selbst in deutschfreundlichen Kreisen Zweifel an der Ehrlichkeit des von der deutschen Seite betonten Willens zur Förderung des norwegischen Kulturlebens erhoben.

c) Kulturelle Gebiete.

Kulturpolitik.

Als Nachfolger des am 25.10.1942 tödlich verunglückten Minister L u n d e wurde am 26.11.1942 Minister Rolf Jørgen F u g l e s a n g berufen. Fuglesang behält seine Stellung als Generalsekretär der Nasjonal Samling bei, während er in seiner Funktion als Chef des Staatsratssekretariates durch den bisherigen Bürochef im Staatsratssekretariat, T h r a n s, abgelöst wird, der künftig die Bezeichnung "Regierungssekretär" führt.

Minister Fuglesang übernahm die Geschäfte des Departements für Kultur und Volksaufklärung am 27.11.1942, wobei er in Gegenwart von Abteilungsleiter Müller-Scheldt, als Vertreter für Ministerialrat C.W. Müller, dem Leiter des Einsatzstabes, SS-Sturmbannführer Neumann und Obergemeinschaftsleiter Magermann durch Minister Skancke begrüsst wurde, der seit dem Tode Lundes die Geschäfte des Departements vorläufig wahrgenommen hatte. Anschliessend wandte sich Minister Fuglesang mit einer grundsätzlichen Ansprache an seine neuen Mitarbeiter und machte dabei u.a. folgende Ausführungen:

"Die Bildung der germanischen und europäischen Gemeinschaft muss auf dem Volksgedanken aufbauen, d.h. sie muss organisch auf den einzelnen freien und selbständigen Nationen als Grundsteinen in diesem mächtigen Gebäude aufgebaut werden.

Norwegens Platz und Stellung im neuen Europa wird nicht zuletzt von unserer Einigung des Volkes abhängen und unserem Einsatz auf allen Gebieten, um diese Entwicklung zu sichern."

Über die kulturellen und propagandistischen Aufgaben des Departements für Kultur und Volksaufklärung äusserte sich Fuglesang u.a. wie folgt:

"Es ist unsere Aufgabe, die norwegischen Kulturwerte wieder zu errichten und zu bewahren, die die dauernde Grundlage unseres Volkes sind, Kulturschätze, die für die ganze germanische Volksfamilie von unverlierbarem Wert sind. Es ist

unsere

unsere Aufgabe, die nationale Neuordnung in unserem Volk zu schaffen, die eine Wiedererhebung des Lebens unseres Volkes auf allen Gebieten bedingt, geistig und materiell, und auf dieser starken nationalen und norwegischen Grundlage unseren Einsatz in der grossgermanischen Zusammenarbeit und in der europäischen Neuordnung zu leisten.

Diese Tatsachen bedingen auch die grossen Aufgaben und Ziele des Kultur- und Volksaufklärungsdepartements. Es ist das Ziel des Departements, durch eine positive und aufbauende Kulturarbeit die starke nationale Kulturgrundlage zu schaffen, auf der unser Volk stehen muss, wenn wir im Stande sein wollen, unseren Einsatz als ein freies und selbständiges Volk in der germanischen und europäischen Gemeinschaft zu leisten. Das norwegische Volk muss zu sich selbst zurückfinden und zu der starken nationalen Kulturgrundlage, die den einzigen sicheren Grundwall für die weitere Entwicklung und Existenz unseres Volkes bedeutet. Dies ist immer wieder von unserem Förder hervorgehoben worden und wird die Richtschnur für die Arbeit des Departements auf dem kulturellen Gebiet darstellen.

Es ist meine Absicht, auf der Linie weiterzuarbeiten, die Minister Gulbrand Lunde in Bezug auf die Kulturarbeit aufgezeichnet hat, und auf der starken Grundlage weiterzubauen, die Minister Lunde auf diesem Gebiet bereits geschaffen hat.

Weiter muss es eine Aufgabe sein, eine fruchtbringende Wechselwirkung zwischen der Kulturarbeit und der Aufklärungsarbeit durchzuführen. Es ist unser Ziel, die Idee der Nasjonal Samling klar herauszustellen; zu vertiefen und klarzulegen und mit den Mitteln, die dem Departement zur Verfügung stehen, dafür zu sorgen, dass jede Frau und jeder Mann in unserem Volke mit unserer Idee bekannt wird, mit den Voraussetzungen unseres Kampfes und der Richtigkeit der Linie, der unser Förder in seinem Kampf für das norwegische Volk und seine Zukunft folgt.

Das Kultur- und Volksaufklärungsdepartement ist eine verhältnismässig neue Institution. Es ist jedoch für die weitere Arbeit eine gute Grundlage geschaffen. Unsere Aufgabe ist es, diese Grundlage weiter auszubauen, die Arbeit auf den verschiedenen Fachgebieten, die jetzt unter dem Departement sortieren, durchzuorganisieren und dadurch eine Insti-

tution

- 24 -

tution zu schaffen, die mit Kraft zielbewusst und planmässig in die kulturelle und geistige Entwicklung unseres Volkes regulierend und leitend eingreifen und durch unseren Einsatz dem norwegischen Volk das volle Verständnis für die Zeit, in der wir leben und die Aufgaben, die diese Zeit uns als Volk stellt, beibringen kann."

In einem Interview, das Fuglesang der Zeitung "Fritt Folk" aus Anlass seiner Ernennung gab, äusserte er, dass in der Arbeit der Propagandaabteilung der Partei eine Veränderung praktisch nicht eintrete, da die Propagandaabteilung der Partei weiter als eine Hauptabteilung des Generalsekretariats bestehen bleibe und K l e v e n b e r g auch weiterhin verantwortlicher Leiter der Propagandaabteilungen sowohl der Partei als auch des Departements sein werde.

Aus betont deutschfreundlichen und grossgermanisch eingestellten Kreisen der NS wurde inzwischen bekannt, dass man die Berufung Fuglesangs mit gewissen Bedenken aufgenommen hat. Man befürchtet, dass Fuglesang die ausgesprochen norwegisch-nationalistische Einstellung Lundes mit der Tendenz einer gewissen verstärkten Abwehr gegenüber grossgermanischen Gedankengängen fortsetzen wird. Als bedenklich wird in diesen Kreisen weiter vermerkt, dass Fuglesang in der Freimaurerfrage kein ehrliches Spiel getrieben habe. Es sei in diesem Zusammenhang geradezu bezeichnend, dass der Vorschlag zu seiner Ernennung von dem Hochgradfreimaurer Prytz ausgegangen sei.

Norwegische Legion, Waffen-SS und Germanische SS.

Die zahlenmässige Entwicklung der Meldungen für die Norwegische Legion und Waffen-SS vom 1.5.1942 bis 31.10.1942 geht aus nachstehenden Angaben hervor:

| | | | |
|------------------------------------|-------|-----------|--------|
| Eingegangene Meldungen: | 2 482 | (davon NS | 1 352) |
| Davon zur Untersuchung erschienen: | 1 598 | (davon NS | 1.118) |

Davon wurden in Marsch gesetzt:

| | |
|----------------|-----|
| Waffen-SS : | 196 |
| Legion : | 334 |
| Wachbataillon: | 342 |
| Insgesamt | 872 |

Insgesamt wurden seit Beginn der Werbung von norwegischen Freiwilligen am 1.1.1941 in Marsch gesetzt:

| | |
|----------------|-------|
| Zur Waffen-SS: | 902 |
| Zur Legion : | 1 819 |
| Zum Wachbatl.: | 518. |

Die seit Mai 1942 laufende Werbung von Lotten hat bisher eine Meldungsziffer von 750 ergeben. Davon sind bisher 60 Lotten in Marsch gesetzt worden.

Die kürzliche Sonderaktion der Nasjonal Samling zur Werbung von Freiwilligen hat 2 200 Meldungen ergeben, von denen das Generalsekretariat der Partei bisher 1 000 an das Ersatzkommando weitergeleitet hat. Von 463 zur Musterung erschienenen Freiwilligen waren 262 Mann tauglich. 355 Freiwillige stehen noch zur Musterung an.

Zur Zeit läuft eine Sonderwerbeaktion für eine Schiläuferkompanie der Waffen-SS. Die Werbung, die mit Unterstützung des Norwegischen Schiläuferverbandes durchgeführt wird, hat zu guten Erfolgen geführt. Die endgültigen Meldeergebnisse liegen noch nicht vor.

Die vorstehend wiedergegebenen Ziffern lassen erkennen, daß es gelungen ist, die im Anfang dieses Jahres fast vollkommen

stagnierende Entwicklung der Meldeziffern wieder in Gang zu setzen.

Dieser Erfolg ist u.a. darauf zurückzuführen, daß es gelang, eine Reihe von Beschwerdeursachen der Freiwilligen - so z.B. die mangelhafte Versorgung ihrer Angehörigen - zu beseitigen und zum anderen die Propaganda zu intensivieren und psychologisch richtiger anzulegen. Der mit diesen Maßnahmen erzielte Erfolg ist umso höher zu bewerten, als sich gerade im Frühjahr diesen Jahres gewisse Mängel in der Behandlung der norwegischen Freiwilligen in Deutschland stimmungsmässig außerordentlich nachteilig auszuwirken begannen und zweifellos dazu beitrugen, daß mancher junge Norweger, der an sich zur Meldung entschlossen war, unter dem Eindruck der Berichte von Urlaubern und Rückkehrern der Waffen-SS und Legion von seinem Entschluß zurücktrat.

Es kann kein Zweifel darüber sein, daß die - allerdings häufig übertriebenen - Darstellungen von Urlaubern und Rückkehrern der Waffen-SS und Legion über ihre Erfahrungen in Deutschland nicht nur die weitere Werbung für die Frontverbände erschwert haben, sondern darüberhinaus auch bei der Aktivierung der Norges SS unter der neuen Bezeichnung "Germanske SS Norge" ein schweres Hemmnis bildeten.

Zahlreiche von der Truppe entlassene Freiwillige, die als Stamm der Germanske SS Norge vorgesehen sind, erklärten unter Hinweis auf ihre Erfahrungen bei der Truppe, sie wollten mit der SS nichts mehr zu tun haben und überhaupt sei ihnen der Gedanke einer großgermanischen Gemeinschaft verleidet worden.

Die Überwindung dieser psychologischen Schwierigkeiten stellte an die Führung der Germanske SS hohe Anforderungen. Bei der Durchführung dieser Aufgabe erwies sich als vorteilhaft, daß der Blick der Freiwilligen für Disziplin, Unterordnung, organisatorische Zweckmässigkeit usw. während der Ausbildungszeit in Deutschland doch so weit geschärft war, daß sie sich mit verschiedenen Erscheinungen des innerparteilichen Lebens der Nasjonal Samling nicht mehr abzufinden vermochten. Die klare Haltung der Germanske SS Norge in der Freimaurerfrage, ihr straffes Auftreten beim Reichstreffen der N.S. haben jedenfalls unter den ehemaligen Angehörigen der Legion und Waffen-SS die Neigung verstärkt, sich wieder der SS zu nähern.

b) Volksgesundheit.

Aus der Ärzteschaft sind verschiedentlich Stimmen über die Auswirkungen der schlechten Ernährungslage zu hören. Dabei wird besonders darauf hingewiesen, daß die Bevölkerung bisher bei dem Zustand einer genügenden Belieferung mit Fisch ihr kalorienmässig gesehen ausreichendes Existenzminimum finden konnte. In den letzten Monaten aber seien in zunehmendem Masse derartige Schwierigkeiten in der Fischversorgung, selbst in den Küstenstädten aufgetreten, daß der Bedarf der Ernährung kalorienmässig oft über längere Zeiträume nicht mehr erreicht würde. Die Lage sei umso bedenklicher, als auch auf dem rationierten Sektor die Zuteilung völlig unsicher wäre, da man beispielsweise öfter wochenlang keine Butter und neuerdings auch häufig nicht einmal die auf Grund der Rationierung zustehende Magermilch bekäme.

Es wird dabei von norwegischer ärztlicher Seite darauf aufmerksam gemacht, daß dem Normalverbraucher auf dem rationierten Sektor nach der Kartoffelrationierung täglich eine Kalorienmenge von 1587 Kalorien zur Verfügung stände, gegenüber dem deutschen Normalverbraucher mit 2059 Kalorien. Um den für die Existenz notwendigen Bedarf von 2 200 Kalorien zu erhalten, müßte sich der norwegische Normalverbraucher auf dem unrationierten Sektor 613 Kalorien besorgen können, gegenüber dem deutschen Normalverbraucher mit 141 Kalorien. Diese Kalorienmenge stände aber dem norwegischen Normalverbraucher bei der auch nach Beginn der Fangperiode anhaltenden mangelhaften Fischversorgung nicht mehr auf dem unrationierten Sektor zur Verfügung.

Noch schwieriger sei die Ernährungslage kalorienmässig gesehen für die Schwerarbeiter. Hier erhalte bei der größten Zusatzration der einzelne Schwerarbeiter zu der Menge von 1587 Kalorien, die ihm als Normalverbraucher zur Verfügung ständen, zusätzlich 935 Kalorien. Um aber auf die für einen

- 20 -

Schwerarbeiter notwendige Kalorienmenge von 4 500 Kal. zu kommen, müßte er sich täglich $1\frac{1}{2}$ - 2 kg. Fisch besorgen, was heute ganz unmöglich wäre. So seien beispielsweise die Wald- und Sägewerksarbeiter besonders hart betroffen, da die Fischbelieferung des Landes im Durchschnitt noch mangelhafter sei, als die Belieferung der Städte.

Wenn sich auch bisher die mangelhafte Ernährungslage in der Gesundheit der Bevölkerung im wesentlichen nur darin ausgedrückt hätte, daß besonders alte Leute stark und schnell in ihrer Konstitution verfielen und die Heil-Tendenzen besonders bei Infektionskrankheiten aller Altersstufen schlechter wären als früher, so könne man doch jetzt allgemein in allen Bevölkerungsschichten körperliche Schwächezustände beobachten, die man als Anzeichen einer Unterernährung deuten müsse.

In der letzten Zeit wurden verschiedentlich Klagen über die sittlichen und gesundheitlichen Zustände unter der Arbeiterschaft des Betriebes A/S "Frøstfilet", Langstrand, Bodø, bekannt. Besonders wird dabei auf die Zustände der Unterbringung und des Lebenswandels des weiblichen Teiles der Arbeiterschaft hingewiesen. Aus einem vorliegenden Bericht ist zu entnehmen, daß die Arbeiterinnen, die durchschnittlich 17 - 25 Jahre alt sind, neben ihrer Beschäftigung in der Fabrik einen ausgesprochen unsittlichen Lebenswandel führen, so daß als Folge einerseits die Fabrik über häufiges Ausbleiben an der Arbeitsstelle, andererseits das örtliche norwegische Krankenhaus über die große Anzahl geschlechtskranker Mädchen aus diesem Betrieb und die norwegische Polizei über die zahlreichen Ermittlungsarbeiten infolge der Ansteckung norwegischer Seeleute und deutscher Soldaten klagt. Beispielsweise wurde in einem Falle bei Ermittlungen wegen Ausbleibens von 11 jungen Mädchen auf der Arbeitsstelle festgestellt, daß sich diese 11 jungen Mädchen auf dem Dampfschiff "Mellum" mehrere Tage aufhielten, um sich dort mit norwegischen und deutschen Staatsangehörigen abzugeben. Bei den 11 Mädchen, die die Polizei in das Krankenhaus Bodø einwies, wurden in 5 Fällen Geschlechtskrankheiten

- 21 -

festgestellt. Ein derartiges Resultat soll keine Seltenheit darstellen.

In diesem Zusammenhang verdient es auch erwähnt zu werden, daß es im Bodöer Krankenhaus ein Zimmer gibt, welches allgemein unter der Bezeichnung "Frostfilet-Stube" läuft. In diesem Zimmer liegen ständig geschlechtskranke Arbeiterinnen aus der Firma "Frostfilet".

Die norwegische Polizei klagt in dem Zusammenhang mit Ermittlungsarbeiten darüber, daß keine klare Entscheidung darüber vorliege, ob dieser Betrieb als deutscher oder norwegischer anzusehen sei. Der dortige Polizeimeister **L i n d b l o m** soll erklärt haben, daß die deutschen Behörden den Betrieb manchmal als norwegisch betrachten, dann aber wieder zu anderen Zeiten als deutsch. Auf diese Weise käme es häufig für die norwegische Polizei zu Schwierigkeiten, wenn es sich um ein polizeiliches Eingreifen handle.

Typisch für die Entwicklung der Arbeit von Svenska Norges-hjälpen (schwedische Norwegenhilfe) in Stockholm ist eine Meldung des Londoner Rundfunks vom 27.11.1942 auf norwegisch, aus dem hervorgeht, daß die caritative Hilfsarbeit für Norwegen immer mehr den Charakter einer politischen Unterstützung der Emigrantenkreise und der Gagnerschaft in Norwegen darstellt. In der Londoner Meldung heißt es:

"Die schwedische Norwegenhilfe hat an die schwedische Regierung die Bitte gerichtet, daß hunderte norwegische Flüchtlinge als gewöhnliche Schüler bei den schwedischen staatsunterstützten Handwerkerschulen aufzunehmen seien. Die Anzahl norwegischer Flüchtlinge in Schweden beträgt ungefähr 9000, von denen der größte Teil zwischen 18 und 23 Jahre alt ist. Aber auch die Gruppe unter 18 Jahren ist nicht unbedeutend. Von den Flüchtlingen sind bis zu 4000 mit Forstarbeit beschäftigt, die für die Jüngsten große Schwierigkeiten bietet, da diese Arbeit besonders im Winter sehr anstrengend ist. Es ist deshalb wünschenswert, heißt es in dem Hinweis, daß einige von diesen Jugendlichen Gelegenheit erhalten, die Ausbildung sowohl theoretische wie auch üraktisch fortzusetzen, die viele von ihnen angefangen hatten, als sie aus Norwegen flüchten mußten."

C - Lebensgebiete.

100

a) Nasjonal Samling.

Die gegenwärtige Situation innerhalb der Nasjonal Samling ist gekennzeichnet durch eine weite Kreise der Partei erfassende Vertrauenskrise, deren Tendenz sich sowohl gegen Deutschland als auch gegen die Parteiführung und Quisling selbst richtet.

Die Ursachen dieser Entwicklung dürften zu suchen sein in dem Scheitern der Regierungspolitik in dem Lehrerstreit, dem Kirchenkonflikt und der Souveränitätspolitik sowie in der Ungeklärtheit der innerparteilichen Verhältnisse (Korruptionsgerüchtbildung, Klikenwesen usw.). Die NS-Mitglieder in den kleineren Städten und auf dem Lande vermischen vor allen Dingen eine wirksame Wahrnehmung ihrer Interessen durch die Partei.

Fast alle diese Beschwerden münden ausgesprochen oder unausgesprochen in der Feststellung, dass die Parteiführung es an Energie, Planmässigkeit und Entschlossenheit hat fehlen lassen. Ein Symptom dieser weite Kreise der Partei erfassenden Vertrauenskrise war die nunmehr durch die Haftentlassung des Fliegerhirdführers Aagaard zu einem gewissen Abschluss gelangte Freimaurer-Aktion, deren Ausgang nach übereinstimmenden Berichten aus Oslo den Aktivismus der Jungen in der Partei geschwächt hat. Aagaard erschien wenige Tage nach seiner Freilassung wieder in der Uniform eines Fliegerhird-Sveitführers. In Hirdkreisen wurde zu dem Auftreten Aagaards in Uniform in Gesprächen erklärt, dass keine Parteigerichtliche Entscheidung und kein rechtmässiges Verfahren bisher Aagaard das Tragen der Uniform verboten hätte. Die Tatsache, dass Aagaard der Sache nicht enttäuscht den Rücken kehre, wie es vielleicht andere NS-Mitglieder getan haben würden, wird dort unterstrichen.

Die sich gegen Deutschland richtenden Tendenzen der gegenwärtigen Vertrauenskrise dürften zunächst auf die Enttäuschung der durch die Parteipropaganda geförderten Souveränitätshoffnungen zurückzuführen sein. Im übrigen spielen in diesem Zusammenhang kleinere Dinge wie z.B. die deutschen Wohnungsbeschagnahmen in Oslo, entstellende Berichte von früheren Angehörigen der Waffen-~~ff~~ über ihre Ausbildung in Deutschland usw. eine Rolle. In diesem Zusammenhang ist auch zu erwähnen,

dass der Umfang der finanziellen Belastung Norwegens durch die Besatzung immer mehr bekannt wird. Unter Hinweis auf diese Dinge fallen häufig auch in Parteikreisen Bezeichnungen wie "Ausplünderung", "Raub" usw. Es kommt aber ferner hinzu, dass führende Kreise der Partei versuchen, die Verantwortung für gegenwärtige Versorgungsschwierigkeiten - so vor allen Dingen für die Mängel in der Brennstoffversorgung Oslos - auf die Deutschen abzuschieben. Weiter ist in diesem Zusammenhang die Tatsache zu nennen, dass gewisse Parteikreise mit der kürzlich gegen die Juden durchgeführten Massnahmen durchaus nicht einverstanden sind und aus einer allgemein-christlichen oder humanitären Einstellung heraus diese Aktion ablehnen. Andere Parteimitglieder distanzieren sich von dieser Aktion, weil sie angesichts der allgemeinen Empörung über diese Massnahmen sich nicht mit diesen zu identifizieren wagen. Eine gewisse Rückwirkung auf die Parteistimmung ganz allgemein sowie auf die Haltung der Mitglieder zu Deutschland haben die militärischen Erfolge der Alliierten in Nordafrika sowie die in Oslo umlaufenden Gerüchte von einer militärischen Katastrophe im Osten gehabt.

Aus Nordnorwegen wird berichtet, dass die Berufung des Fylkesförers von Austviken Hoff nach Tromsø fast allgemein in der Parteimitgliederschaft Befriedigung ausgelöst habe. Da die Oppositionsgruppe gegen den Vorgänger Hoff's Tokle unter Führung des früheren Fylkesförers Fredriksen mit der Berufung Hoff's einverstanden ist - Fredriksen hat im Stabe von Hoff eine Stellung übernommen -, ist die Gewähr für eine Gesundung der innerparteilichen Verhältnisse Nordnorwegens gegeben.

Ferner wird aus Nordnorwegen berichtet, dass eine breitere Diskussion des auf dem letzten Reichstreffens der NS propagierten Gedankens der germanischen Neuordnung Europas sich noch nicht habe durchsetzen können. Lediglich die Jugend lasse eine gewisse Aufgeschlossenheit für diese Gedankengänge erkennen.

In einem Bericht aus Drontheim heisst es, dass diejenige Partei-Gruppe, die nach dem Ausnahmezustand gegen den Fylkesförer Rogstad arbeitete und dessen Entfernung aus Drontheim durch

Einberufung zur Front forderte, nach der Anerkennung der von Rogstad während des Ausnahmezustandes durchgeführten Massnahmen seitens Quislings stark an Boden verloren habe. Als Wortführer dieser Gruppe trat besonders der Hauptschriftleiter der Zeitung "Adress-Avisen" Skylstad in Erscheinung. Es wird angenommen, dass hinter Skylstad der Einfluss von Minister Prytz stehe.

Ferner wird aus Drontheim berichtet, dass die Erfolge der Alliierten in Nordafrika innerhalb der NS eine gedrückte, teilweise defaitische Stimmung ausgelöst hätten.

Eine lebhaftere Propagandawelle habe der Parteiarbeit neuerlich einen fühlbaren Auftrieb gegeben. Besonders die im Rahmen dieser Aktion gehaltenen Reden des Ministers Fuglesang fanden auch ausserhalb der Partei Anklang. Das Gleiche gelte von Vorträgen, die der Sekretär Skaerstad in Nord-Trøndelag vor der Arbeiterschaft gehalten hat.

Aus Sunnmøre wird berichtet, dass dieses Gebiet wieder zum Fylke Nordmøre und Romsdal zurückkehren werde. Dabei soll der in Molde wohnende Fylkesfører Brokstad abgelöst werden. Der Fylkesmann von Molde Kvadsheim (früher Fylkesfører in Stavanger) wird als aussichtsreicher Anwärter auf den durch die Abberufung Brokstads freiwerdenden Fylkesførerposten genannt.

Aus Bergen wird berichtet, dass die Parteiarbeit z.Zt. sehr stark stagniere. Die Propaganda-Tätigkeit der Partei ruhe fast vollkommen. Darüberhinaus habe sich zahlreicher Mitglieder und Amtsleiter der Partei eine deutlich spürbare Lustlosigkeit bemächtigt. Diese Tatsache komme allein schon darin zum Ausdruck, dass zahlreiche Gesuche von Amtsleitern um Befreiung eine generelle Anordnung des Fylkesführers notwendig machten, wonach jeder Amtsleiter in seinem Amt zu verbleiben habe und seine Funktionen weiterhin ausüben müsse. Ein Gewährsmann weist auf die Tatsache hin, dass im vorigen Jahr bei Parteiversammlungen 1 200 bis 1 400 Menschen gewesen seien, während man heute mit Mühe und Not 600 bis 800 Menschen zusammenbekomme.

Ein Fylkesamtsleiter äusserte sich über die Situation in der Partei wie folgt:

"Ich bin gar nicht zufrieden mit der Partei in Bergen. Alles geht so langsam. Es lässt sich nicht bestreiten, dass ein Aktivist bei den führenden Stellen in Ungnade fällt. Man hat das Gefühl, dass man auf jeden Aktivisten irgendwie neidisch ist. Dies scheint besonders bei denjenigen Aktivisten der Fall zu sein, die mit deutschen Behörden zusammenarbeiten und aus ihrer prodeutschen Einstellung kein Hehl machen."

Ein Kreisleiter aus dem Fylke Hordaland äusserte sich dahingehend, dass nur ein geringer Teil der Parteimitgliederschaft sich überhaupt mit dem Gedanken einer germanischen Einigung ernsthaft befasse.

Besonders beklagen Bergener Parteimitglieder sich darüber, dass die Partei so wenig dazu in der Lage sei, die Interessen des einzelnen Mitgliedes zu schützen. Als Beispiel wird vielfach erwähnt, dass bei der gegenwärtigen schlechten Lebensmittelversorgung das Parteimitglied am schlechtesten gestellt sei. Während der Jössinger von seinem Kaufmann alles bekomme, was es "unter dem Ladentisch" gebe, bekomme das Parteimitglied häufig nicht einmal die ihm zustehenden Waren. Sympathisierende treten häufig schon deshalb nicht der Partei bei, weil sie mit Recht befürchten, dass sie dann auf einen grossen Teil von Lebensmitteln verzichten müssen.

Ähnliche Beschwerden werden auch aus anderen Landesteilen berichtet. So heisst es z.B. in einem Bericht aus Lillehammer, dass eine ganze Reihe von Hird-Angehörigen bereit seien, zur Germanske // überzutreten, weil sie annähmen, dass dort ihre Interessen enrgischer wahrgenommen würden als das beim Hird der Fall sei.

Auch positive Beispiele lassen die Bedeutung der energischen Wahrnehmung der Interessen der Parteimitglieder erkennen. So wird aus Voss (Fylke Hordaland) berichtet, dass das zielbewusste Auftreten des dortigen NS-Ordförers der Partei nach Aussen Achtung und nach Innen Vertrauen verschafft habe.

Aus Stavanger wird ein gewisser Aufschwung der Parteiarbeit berichtet. Fylkesfører Dr. Haereid hat mit einigen Angehörigen seines Stabes eine Reise durch Rogaland unternommen und dabei durch personelle Massnahmen, Reden usw. eine Belebung der Parteiarbeit erreicht.

In seinen Reden trat Haereid für den grossgermanischen Gedanken und für eine enge Zusammenarbeit mit den deutschen Stellen in Norwegen ein.

Ferner wird aus Stavanger berichtet, dass in einiger Zeit mit der Abberufung des Kreisleiters von Stavanger Andersen zu rechnen sei. Andersen habe das Misstrauen, das ihm aus den Reihen der Stavangerer Parteimitgliederschaft entgegengebracht werde, nicht überwinden können. Andersen habe daraufhin selbst um seine Ablösung gebeten. Als Nachfolger wird der Kreisorganisationsleiter Stangeland genannt, der als altes NS-Mitglied und ausgeglichene Persönlichkeit als geeignet gilt, die in Stavanger herrschende Kliquenwirtschaft endlich zu beseitigen.

Nach Berichten aus Telemark, Trøndelag und Oslo hat die Partei-Anordnung, wonach ein jedes Mitglied ein weiteres Mitglied zu werben hat, grössten Unwillen erregt. Mehrere Osloer Parteimitglieder erklärten, dass es vollkommen ausgeschlossen sei, in diesen Zeiten ein weiteres Mitglied zu werben. Man hätte ja manchmal Mühe, sich selber und seine Freunde in der Partei bei der Stange zu halten. In Telemark wurde sogar den Mitgliedern zur Auflage gemacht, 5 weitere Mitglieder zu werben, widrigenfalls die KO-Nadel abgegeben werden müsse.

Einem Bericht aus Lillehammer zufolge äusserte sich der Hirdchef Möystad vor versammelten Hirdführern dahingehend, dass diejenigen, die sich der Germanske $\frac{1}{2}$ zur Verfügung stellten, dies eines Tages noch sehr bereuen würden. Möystad bezeichnete die Germanske $\frac{1}{2}$ als ein deutsches Unternehmen und erklärte, dass es für jeden selbstbewussten Norweger eine Selbstverständlichkeit sein müsse, im Hird zu bleiben.

Nach Berichten aus Oslo erklärte der Chef der Förrergarde Sveit-

fører Carlson, dass er bisher der Bekämpfung der Freimaurer in der NS Aufmerksamkeit und Unterstützung gewidmet habe. Er habe sich jetzt aber überzeugen lassen, dass die schwerste Gefahr, die dem Hird in Norwegen drohe, nicht von Seiten der Freimaurer komme sondern durch die Germanske 4. Nach mehreren übereinstimmenden Berichten soll von einem Fylkesfører der Nasjonal Samling eine Liste von 50 bis 60 Männern aufgestellt worden sein, die im Falle einer entscheidenden Krise der Partei die Führung des Landes - mit oder ohne Quisling - übernehmen sollen.

Im Zuge der Papiereinsparung wird z.Zt. in den verschiedenen Teilen des Landes die Zusammenlegung von Zeitungen betrieben. Es erscheint dabei zumindest zweifelhaft, ob die hierbei in den Einzelfällen vom Pressedirektorat vorgesehenen Lösungen jeweils die günstigsten sind. Wie dies in früheren "Meldungen aus Norwegen" schon für Stavanger berichtet wurde, so werden jetzt auch in Kristiansand und in Nordnorwegen gegen die dort bekanntgewordenen Pläne des Pressedirektorats ernsthafte Bedenken geäußert.

In Stavanger hat die Entscheidung, wonach die Zeitung "Stavangeren" ihr Erscheinen ab 1. Januar 1943 einzustellen habe und in irgendeiner Form in "Stavanger Aftenblad" aufgehen soll, den Redakteur Paussett zu einem längeren Schreiben an das Pressedirektorat veranlaßt, in dem er aus einer Darstellung der dortigen Presseverhältnisse und aus einer Gegenüberstellung der bisher dort erscheinenden Tageszeitungen zu dem Schluß kommt, daß bei Durchführung der vorgesehenen Lösung das bei weitem beste Organ Stavangers verschwinden werde. Zudem werde der Plan das Bestehen einer sehr grossen und einer unverhältnismässig kleinen Zeitung zur Folge haben, wobei letztere voraussichtlich bald auf wirtschaftliche Unterstützung angewiesen sein würde. Entgegen dem Plan des Pressedirektorats schlägt Paussett die Einstellung der Zeitung "Rogaland" vor, da Stavanger dann über zwei gute Zeitungen verfügen würde, die den an die dortige Presse zu stellenden Anforderungen genügen könnten.

Nach den vorliegenden Berichten wird die vom Pressedirektorat vorgesehene Lösung, d.h. insbesondere das Verschwinden des "Stavangeren", auch von der dortigen NS-Führung aus politischen und kulturellen Gründen für unglücklich gehalten.

Man sehe in "Stavangeren" besonders unter seinem jetzigen Hauptschriftleiter "das einzige Blatt im Bezirk, das eindeutig und kompromisslos die Neuordnung unterstützt". Gleichzeitig wird angeführt, daß man den Redakteur Östlebye keinesfalls für fähig genug halte, um mit Erfolg die Leitung der vereinigten Zeitung übernehmen zu können. Weder in charakterlicher noch politischer Beziehung sei Östlebye hierzu geeignet.

- 33 -

Eine ähnliche ungünstige Beurteilung erfährt die vom Pressedirektorat beschlossene Zusammenlegung der Kristiansander Zeitungen "Christiansands Tidende" und "Faedrelandsvennen", wobei "Faedrelandsvennen" führend bleiben soll. In einem Bericht aus Kristiansand wird hierzu u.a. folgendes angeführt:

" "Christiansands Tidende" ist die Morgenzeitung für das Stadt- und Landgebiet. Sie wird frühzeitig zum Versand gebracht und unterrichtet so die entfernter liegende Bevölkerung über die neusten Ereignisse. Die Zeitung ist redaktionell gut geführt und hat es bisher verstanden, auch in politischer Hinsicht geschickt zu berichten. Demgegenüber sind die beiden Zeitungen "Faedrelandsvennen" und "Agder Tidende", die erst nachmittags erscheinen, politisch bisher wesentlich schlechter gewesen und haben sich in der Hauptsache um die lokale Berichterstattung gekümmert. Trotz der bestehenden Papiersituation bringen es diese beiden Zeitungen nach wie vor fertig, zwar die politischen Nachrichten oft gekürzt und an unauffälliger Stelle zu bringen, dafür aber irgendein persönliches Jubiläum eines Einwohners aus Kristiansand oder Umgebung mit spaltenlangen Artikeln zu behandeln. Es handelt sich bei beiden Zeitungen um typische Lokalblätter, die über eine Menge unwichtiger Dinge ausführlich berichten, politischen Stoff aber gerade nur so weit berücksichtigen, wie dies die staatliche Presselenkung unbedingt verlangt. Beide Blätter werden von der einfacheren Bevölkerung der Stadt und des Landes gelesen, während "Christiansands Tidende" bei den bildungsmässig gehobeneren Bevölkerungsschichten eingeführt ist. Es dürfte deshalb zweckmässiger sein, wenn "Faedrelandsvennen" und "Agder Tidende" zusammengelegt würden und "Christiansands Tidende" wie bisher als Morgenzeitung bestehen bliebe."

Die vom Pressedirektorat beschlossene Regelung geht nach diesem Bericht auf einen Vorschlag des ehemaligen dortigen Presseleiters zurück, der am Bestehen des "Faedrelandsvennen" ein persönliches Interesse haben soll.

- 34 -

Gegen eine von deutscher Seite als notwendig erkannte Reform des Pressewesens in Nordnorwegen stemmt sich nach Berichten aus Tromsø besonders der Pressechef von Nordnorwegen, S o l s t a d, in Harstad, der nach noch nicht überprüften Meldungen von sämtlichen nordnorwegischen Zeitungen Aktien besitzen und somit finanziell an ihnen beteiligt sein soll. Solstad sei zwar Mitglied der NS, doch werde ihm von allen maßgeblichen Seiten jede fachliche Eignung für seinen Posten abgesprochen. - Als positiv werde allgemein der neue Schriftleiter der Zeitung "Tromsø", E r i k s e n, beurteilt. Seine Leitartikel sollen selbst in gegnerischen Kreisen Beachtung finden. Außerdem werden sie bisweilen von anderen Zeitungen in Finnmark übernommen.

In Narvik erscheinen noch immer je dreimal wöchentlich die Zeitungen "Ofotens Tidende" und "Ofotens Folkeblad". Darüber hinaus wird von der dortigen Dienststelle des Reichskommissariats der in deutscher und norwegischer Sprache abgefaßte "Narvikposten" herausgegeben. In Meldungen aus Narvik heißt es, daß die Bevölkerung der Tagespresse ein zunehmendes Interesse entgegenbringe, so daß der Bedarf bei der augenblicklichen Papierknappheit kaum noch gedeckt werden könne. Von den genannten Zeitungen zähle haltungsmässig die "Ofotens Tidende" mit einer Auflagenziffer von 5 500 zu den besten Zeitungen Nordnorwegen. Der noch junge Schriftleiter Karl-Jörgen N e s j e habe das Blatt auf ein beachtliches Niveau gebracht. Dagegen werde das in 2200 Exemplaren erscheinende "Ofotens Folkeblad" durch den marxistisch eingestellten Schriftleiter Leif N o r d g a a r d redigiert und weise demzufolge eine nur scheinbar positive Haltung zur Neuordnung auf. Die als zweiseitig bedrucktes Einzelblatt erscheinende Zeitung bringe lediglich Abdrucke nach NTB und NAT. Leitartikel enthalte sie überhaupt nicht, während kirchlicher Stoff noch immer besonders hervorgehoben werde.

Von deutscher Seite ist man bestrebt, "Ofotens Folkeblad" in "Ofotens Tidende" aufgehen zu lassen, um dadurch das positiv eingestellte Blatt zu stärken und zugleich Papier einzusparen. Der staatliche Pressechef in Bodö, der einer deutschfeindlich eingestellten Opposition innerhalb der NS angehöre, arbeite jedoch gegen diesen Plan. - Dem von der Propagandaabteilung der RK-Dienststelle Narvik herausgegebenen "Narvikposten", das täglich mit einer Auflage von 500 Stück erscheine, bringe die nordnorwegische Bevölkerung lebhaftes Interesse entgegen.

Als wenig günstig werden die Verhältnisse bei "Harstad Tidende" (Auflage: 4500 Stück) geschildert. Unter seinem Schriftleiter B e r g sinke das Blatt inhaltlich mehr und mehr ab. Infolge der Papiereinschränkung erscheint die Zeitung seit der letzten Oktoberwoche wöchentlich nur noch zweimal. - Durch die Stilllegung der in Honningsvaag erschienenen Zeitung "Vestfinnmarken" kommt in der gesamten Westfinnmark nur noch das "Finnmark Folkeblad" mit einer Auflagenziffer von 2 650 Exemplaren in Hammerfest heraus. Die Entwicklung der Zeitung, die von einem NS-Mann geleitet wird, wird als zufriedenstellend bezeichnet.

d) Verwaltung und Recht.

Verwaltung.

In Drontheim führten verschiedene Personalveränderungen, die im Zusammenhang mit dem in der Zeit vom 6. - 12. Oktober 1942 über das Gebiet von Drontheim - Trøndelag verhängten zivilen Ausnahmezustand durch den NS-Fylkesfører Rogstad angeordnet wurden, nachträglich zu bemerkenswerten Zwischenfällen. Bekanntlich übertrug der Reichskommissar an Rogstad für die Dauer des Ausnahmezustandes die uneingeschränkte Weisungsbefugnis auf dem Sektor der gesamten Staatsverwaltung. Neben personellen Veränderungen im staatlichen Behördenapparat und der Wirtschaft ernannte der Fylkesfører u.a. auch einen neuen Vorstand in der Drontheimer Abteilung der Norges Kooperative Landsforening (NKL), da der bisherige Vorstand, Espeaa, als einer der aktivsten Widerstandsträger bekannt war. Außerdem war für die Durchführung dieser Personalveränderung auch der außerordentlich starke politische Einfluß der "Kooperative" maßgebend, die etwa mit den früheren deutschen Konsumvereinen verglichen werden kann.

Die Osloer Landesleitung der "NKL", insbesondere der bevollmächtigte Vertreter Juell glaubte nun, nach Aufhebung des Ausnahmezustandes die Anordnungen Rogstads von sich aus rückgängig machen zu können. Bezeichnenderweise begann Herr Juell damit, den Vorständen der drei Kooperativeabteilungen in Trøndelagbezirk den Durchschlag eines Schreibens zu übermitteln, das am 28. Oktober 1942 an den von Rogstad eingesetzten Vorstand gerichtet war. In diesem Schreiben wird einleitend bemerkt, daß nach Ansicht der Osloer Landesleitung die Vorkommnisse in Drontheim auf verschiedenen Mißverständnissen und fehlenden Kenntnissen über die Tätigkeit der NKL zustande gekommen seien. Einige Bestimmungen eines beigefügten Satzungs-exemplares wurden herausgestellt und dabei darauf hingewiesen, daß ein Abteilungs-Vorstand in der Drontheimer Abteilung der Norges Kooperative Landsforening (NKL), da der bisherige Vorstand, Espeaa, als einer der aktivsten Widerstandsträger bekannt war, für die Durchführung dieser Personalveränderung auch der außerordentlich starke politische Einfluß der "Kooperative" maßgebend, die etwa mit den früheren deutschen Konsumvereinen verglichen werden kann.

vorstand nur von der Osloer Zentralleitung eingestellt und entlassen werden könne. Abschliessend wurden alle Abteilungen aufgefordert, ihre bisherige Tätigkeit fortzuführen, um Störungen im Geschäftsgang zu vermeiden. Schließlich wurde der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß die entstandenen Schwierigkeiten von der Landesleitung Oslo überwunden wurden. Nachdem auf dieses Schreiben vonseiten des neu eingesetzten Leiters keine Antwort erfolgte, sah sich die Landesleitung Oslo bemüssigt, dem Handelsdepartement eine eigene Darstellung der Vorgänge in Drontheim zu übermitteln. Vonseiten des Handelsdepartements erging nun folgender Bescheid:

"An das Styre der Norges Kooperative Landesforning Oslo.

Unter Bezugnahme auf Ihr Schreiben vom 5.ds.M. wird mitgeteilt, daß das Handelsdepartement keine Kenntnis davon hat, daß dem NS-Fylkesfører in Trøndelag während des Ausnahmezustandes in Drontheim die Berechtigung übertragen war, Verabschiedungen und Einsetzungen von Funktionären in Privatbetrieben vorzunehmen. Die ihr Lager in Drontheim (Trøndelag Kooperative Engros Lager) betreffende Sache muß gegebenenfalls von der Polizei übernommen werden.

Oslo, den 11. Nov. 1942.

gez. f.d.Handelsminister

a.P. Ljungberg

A.A. gez.Per Glad."

Dieser unglaubliche Bescheid des Handelsdepartements wurde nun nach Drontheim mitgeteilt, wobei nochmals hervorgehoben wurde, daß der Fylkesfører Rogstad unberechtigterweise diese Eingriffe vorgenommen habe. Gestützt auf den Bescheid des Handelsdepartements wird der neu ernannte Vorstand aufgefordert, sich augenblicklich zurückzuziehen und die Schlüssel an eine in dem Schreiben benannte Person auszuliefern, widrigenfalls bis zum 20. November 1942 die ganze Angelegenheit der Polizei übergeben würde. Im übrigen wurde der Vorstand für seine bisherigen Dispositionen persönlich haftbar gemacht.

Auf Grund dieser Sachlage sah sich der Fylkesfører Rogstad gezwungen, den Ministerpräsidenten Quisling um eine nochmalige Bestätigung seiner Maßnahmen zu bitten. Die Anordnungen Rogstaads wurden durch Telegrammantwort von Quisling zum zweiten Male

- 38 -

bestätigt, womit der Versuch, die Anordnungen des Fylkesführers als unrechtmässig zu brandmarken, gescheitert war. Es sei noch bemerkt, daß das Rundschreiben der Landesleitung, von dem etwa 200 Geschäftsführer Kenntnis erhielten, grosse Unsicherheit hervorgerufen hat. Beispielsweise weigerte sich aufgrund der Ausführungen der Osloer Landesleitung ein vom neuen Vorstand ernanntes Kontrollmitglied sein Amt zu übernehmen.

Neben diesen Vorgängen verdienen auch die personellen Veränderungen, die im Zuge des Ausnahmezustandes in Drontheim innerhalb eines Distriktes des norwegischen Roten Kreuzes durchgeführt wurden, hervorgehoben zu werden. Ebenso wie die Osloer Landesleitung der Kooperativen, versuchte auch das Präsidium des norwegischen Roten Kreuzes die von Fylkesführer Rogstad veranlaßten Umbesetzungen rückgängig zu machen. Anscheinend aus eigener Machtvollkommenheit heraus, veranlaßte das NRK Oslo den von Rogstad eingesetzten und vom Osloer Präsidium bestätigten Leiter des Drontheimer Distriktes, K j e l d s b e r g, zur Abfassung eines Schreibens an die übrigen neueingesetzten Vorstände, worin im Auftrage des Präsidiums erklärt wurde, daß sich die Gültigkeit der jeweiligen Ernennung nur auf die Dauer des zivilen Ausnahmezustandes erstreckt habe und nunmehr die früheren Vorstände wieder eingesetzt seien. In diesem Zusammenhang sei bemerkt, daß das NRK seinen Forderungen auf Wiedereinsetzung der früheren Abteilungsleiter im 4. Drontheimer Distrikt dadurch besonderen Nachdruck zu verleihen versuchte, daß ~~der~~ schwedische Prinz Karl die bekannte schwedische Hilfsaktion angeblich davon abhängig gemacht habe, daß in Drontheim die alten Zustände wieder hergestellt würden. Wie hierzu aus Drontheim berichtet wird, bestünde durch diese Machenschaften die Gefahr, daß - abgesehen von der äußerst ungünstigen stimmungsmässigen Auswirkung - nun auch andere Verbände und Organisationen diesen Beispielen folgen würden. Fylkesführer Rogstad halte selbstverständlich an den einmal getroffenen Anordnungen unter allen Umständen fest.

Aus norwegischen Verwaltungskreisen, insbesondere den unteren Instanzen, werden Stimmen laut, die immer nachdrücklicher auf

die steigenden Schwierigkeiten hinweisen, denen sich die einzelnen Dienststellen gegenübersehen. Der verständliche Grund hierfür ist der sich ständig vergrößernde Umfang der täglich anfallenden Arbeiten. Diese Aufgabenanhäufung hängt mit den wirtschaftlichen Schwierigkeiten zusammen, die sich zwangsläufig aus den durch die Kriegsdauer bedingten Notwendigkeiten ergeben. Die allgemeine Verwaltungsarbeit, die der tägliche Dienstbetrieb laufend mit sich bringt, ist - verglichen mit den aufgetretenen kriegswirtschaftlich bedingten Verwaltungsaufgaben - völlig in den Hintergrund getreten. Dieser Sachlage konnte man bis jetzt, personell- und arbeitsmässig gesehen, mit äußerster Anspannung immer noch gerecht werden.

Die Arbeiten des Lensmannes erstrecken sich heute auch auf die gesamte Wirtschaftsverwaltung. Fast alle Versorgungsaufgaben, Preispolizeiüberwachungsarbeiten sowie die Steuerung des Arbeitseinsatzes gehören mit zu seinem Aufgabengebiet. Wenn auch die Arbeitsämter sowie die neugeschaffenen Sonderverwaltungen, wie Versorgungsämter, die verschiedensten Wirtschaftsorganisationen, Ausschüsse usw. teilweise diese Aufgaben übernommen haben, so bleibt doch ein bedeutender arbeitsmässiger Zusammenhang zwischen Lensmann und den genannten Dienststellen bestehen, zumal der Lensmann, insbesondere auf dem Lande, vielfach das einzige Verwaltungsorgan ist, das mit der Durchführung dieser kriegswirtschaftlichen Aufgaben betraut werden kann. Hinzu kommt eine Fülle von Aufgaben, die mit den verschiedensten deutschen kriegswirtschaftlichen Interessen zusammenhängen. Die Zusammenarbeit zwischen dem Lensmann und den militärischen Dienststellen (Ortskommandanturen), sowie den zivilen deutschen Dienststellen (Dienststellen des Reichskommissars, Organisation Todt, usw.) ist und muß selbstverständlich eine enge sein. Hier ist der Lensmann in vielen Fällen die einzige Behörde, an die beispielsweise die zahlreichen Ersuchen um Nachforschung, und Feststellung der verschiedensten Dinge usw. gerichtet werden können.

In diesem Zusammenhang wird auch norwegischerseits mit Recht darauf hingewiesen, daß diese Vielzahl von Aufgaben, die oftmals

eng zusammenhängen, oder aber sich überschneiden, verwaltungsmässig auf eine Lösung hindrängen. Eine Zuweisung weiterer Aufgaben an den Lensmann sei schlechterdings nicht mehr möglich. Wenn man außerdem einerseits seine Zwitterstellung zwischen öffentlicher und privater Betätigung und andererseits seinen oftmals zahlenmässig und auch fachlich unzulänglichen Personalbestand berücksichtige, so sei auch diese Sachlage reformbedürftig.

Um für die Dauer des Krieges allen kriegswirtschaftlichen Anforderungen gerecht werden zu können, müsse einerseits eine fachlich tüchtige Verwaltungsinstanz etwa bei den Fylkesmännern zentral eingerichtet und andererseits die Institution des Lensmannes neu geregelt und seine Funktionen vielleicht nur auf eine polizeiliche Überwachungstätigkeit hin ausgerichtet werden.

R e c h t .

Zum Gesetz über die Beschlagnahme von jüdischen Vermögen zugunsten der norwegischen Staatskasse liegen Äußerungen vor, die übereinstimmend darauf hinweisen, daß der Durchschnittsnorweger sich niemals Gedanken über das Judenproblem gemacht hat, was auf die verhältnismässig geringe Anzahl der Juden in Norwegen zurückzuführen sei. Die Judenfrage - so wird von norwegischer Seite behauptet - in dieser krassen Form aufzurollen, sei deshalb unklug gewesen. Außerdem habe das vorbeugende Gesetz der NS-Regierung von Februar 1942 bereits die Regelung getroffen, daß § 2 des Grundgesetzes aus den Jahre 1814, wonach keine Juden mehr in Norwegen einwandern dürften, wieder seine volle Rechtswirksamkeit erhalten hätte. Allein dieses Gesetz hätte ausgereicht, das Judenproblem in Norwegen zu lösen. Dieses Gesetz hätte man auch als Beweis dafür angesehen, daß die NS die Absicht verfolge, zu einer "gesunden nationalen Linie" zurückzufinden. Wenn trotzdem das Judenproblem durch das Gesetz von 26. 10. 1942 aus der Welt geschafft werden sollte, so sei es nicht verwunderlich, daß Äußerungen, wie "staatlich organisierter und legalisierter Diebstahl" laut geworden seien.

Das Justizdepartement hat an die Preisgerichte ein erneutes, vom 27.11. datiertes Rundschreiben gesandt, in dem die bisherige Rechtsprechung als nicht zufriedenstellend bezeichnet und die absolute Notwendigkeit der Strafverschärfung betont wird. Das Rundschreiben gibt unter Aufführung zahlreicher Urteile einen Überblick über die Rechtsprechung der Preisgerichte in der Zeit vom 16.9. bis 6.11. Danach ist gegen 93 Personen ein Urteil gefällt worden; 11 Angeklagte wurden freigesprochen und 82 verurteilt. Gegen 23 Personen wurde auf Gefängnis erkannt. Die höchste Gefängnisstrafe lautete auf 9 Monate und die höchste Geldstrafe auf 10 000.- Kr. Die polizeilichen Strafverfügungen (Forelegg), gegen die Berufung eingelegt war, wurden in 18 Fällen aufrecht erhalten, in 15 Fällen verschärft und in 10 Fällen gemildert. Das Rundschreiben weist darauf hin, daß in mehreren Fällen auf verhältnismässig hohe Gefängnisstrafen erkannt und in keinem Falle nur das Minimum der zulässigen Gefängnisstrafe angewandt sei. Es sei nicht ersichtlich, daß die Gerichte in irgend einem Falle nur Geldstrafen ausgesprochen hätten, während nach Ansicht der Preispolizei Gefängnisstrafen angebracht gewesen seien. Somit könne nicht davon gesprochen werden, daß die Gerichte die Preispolizei desavuiert hätten. Wenn bisher keine höhere Geldstrafe als 10 000 Kr. festgesetzt wurde, so müsse dabei berücksichtigt werden, daß die Preispolizei höhere Geldstrafen selbst nicht für angemessen gehalten habe.- In einem besonderen Schreiben an die Preispolizei bittet das Justizdepartement um Mitteilung, falls die Preispolizei mit einem Urteil des Gerichts nicht einverstanden sei. Der Standpunkt des Justizdepartements, daß in erster Linie die Preispolizei für ein noch schärferes Durchgreifen bei Preisübertretungen, Schwarz- und Schleichhandel die Verantwortung trägt, deckt sich mit der Ansicht der meisten Richter. - Die Bevölkerung beginnt mehr und mehr zu verstehen, daß die Strafen bei Preisübertretungen sowie bei Schwarz- und Schleichhandel aus präventiven Gründen strenger sein müssen, als bei anderen Straftaten, zumal es der Polizei nur in verhältnismässig wenigen Fällen gelinge, Preisübertretungen sowie Schwarz- und Schleichhandel aufzudecken.

Die Ernennungen des Höchstgerichtsrichters **V a s b o t t e n** zum Leiter der NS-Juristengruppe und des Bürochefs **L a r s s e n** zum Justizrat und ständigen Vertreter des Justizministers gaben zu lebhaften Erörterungen über diese beiden Persönlichkeiten Anlaß. Während über Larssen vielfach Kritik geübt wird, anerkennen auch Gegnerkreise die persönlichen und fachlichen Eigenschaften des Höchstgerichtsrichters.

Ein nicht genannter norwegischer Jurist, der zu den bekanntesten und geachtetsten in Norwegen gehören soll, richtete in "Aftenposten" mit der Unterschrift "ein ehemaliger Englandfreund" ein ernstes Wort an das norwegische Volk. Er machte klar, daß Deutschland bei der Besetzung Norwegens völlig völkerrechtmässig vorgegangen sei. Der Verfasser des Artikels ist der frühere, schon recht alte Richter Wergeland-Petersen, welcher in der Öffentlichkeit wenig bekannt ist. Der Aufsatz selbst wurde häufig als "Propagandabluff der NS" herausgestellt. Man sagte, schon die alten norwegischen Parteien hätten die Methode benutzt, daß eine "anonyme, aber sehr angesehene Persönlichkeit" das Volk durch die Presse beeinflussen solle.

e) W i r t s c h a f t .Ernährungswirtschaft

Die Schwierigkeiten in der Versorgungslage treten im Lande, den Städten und Fylken zeitlich sehr unterschiedlich auf.

So wird aus Bergen berichtet, dass die Fleisch- und Kartoffelzufuhr schon seit Wochen gut sei, d.h. die jedem Versorgungsberechtigten zustehende Ration könne voll ausgegeben werden. Jedoch wird hinzugefügt, dass die Bevölkerung höchstens einmal in der Woche Fleisch erhalte, während bei der Nordag 3 bis 4 Fleischgerichte wöchentlich verabfolgt würden. Da die Nordag Wehrmachtsverpflegung erhalte und die Bevölkerung darüber genau im Bilde sei, dass die Soldaten lediglich 1 - 2 mal in der Woche Fleischgerichte bekämen, sei der Verdacht ausgesprochen worden, dass die Nordag auf unzulässige Weise Fleisch beschaffe. Diese Vermutung wurde dann auch durch die Untersuchung eines Bootes seitens der norwegischen Rationierungspolizei mit 556 kg Fleisch für die Nordag bestätigt.

In Südnorwegen blickt man mit Besorgnis der Kartoffelversorgung für den Winter und das kommende Frühjahr entgegen. Infolge qualitätsmässig schlechter Beschaffenheit der diesjährigen Kartoffel verfaulen jetzt schon grosse Mengen in den Lagern. Auf die Anregung, dem Verderb durch Aussortieren und Kalkbehandlung vorzubeugen, gehen die verantwortlichen norwegischen Stellen, wie berichtet wird, zum Teil aus Mangel an gutem Willen, zum Teil auch aus Unfähigkeit nicht ein.

In Bergen sind einem Bericht zufolge die Kartoffelkeller und Läger auf ihre Eignung geprüft worden. Dabei stellte es sich heraus, dass in vielen Fällen die Kartoffeln un-zweckmässig gelagert waren. Es zeigte sich dabei, dass die Besitzer der Kartoffeln anscheinend aus Gleichgültigkeit die öffentlichen Aufklärungen über geeignete Lagerung vielfach unbeachtet gelassen haben. Auf dem Lande werden trotz der Erfahrungen des letzten Winters bei strenger Kälte grosse Frostschäden befürchtet, weil die Kartoffel-

- 44 -

keller der Bauern zumeist in schlechtem Zustand sind. Die Instandsetzungsarbeiten oder Neuanlagen können infolge Materialmangel nur in beschränktem Umfange durchgeführt werden.

Im vorigen Winter verdarben grosse Mengen Kartoffel, die in den Lägern der Wehrmacht unsachgemäss gelagert waren. Auch jetzt liegen wieder Mitteilungen darüber vor, dass in Kartoffellägern der Wehrmacht bedeutende Schäden festzustellen seien, die auf Lagerung in nassem Zustand, in Papiersäcken oder in zu hohen Stapeln zurückzuführen seien und Fäulnis hervorriefen.

Die Versorgung mit Butter und Margarine ist im Rahmen der Rationierung seit Oktober ständig ungleichmässiger und schwieriger geworden. Die norwegische Bevölkerung führt nunmehr selbst, wie aus Stavanger gemeldet wird, diesen Mangel auf die organisatorische Unfähigkeit der norwegischen Behörden zurück, da ihr bekannt sei, dass z.B. Butter tatsächlich in grösseren Mengen vorrätig wäre, als dem normalen Verkauf zugeführt würde.

In der Milchversorgung ist infolge zurückgegangener Zufuhr eine weitere Rationierung notwendig geworden.

Die Gemüseversorgung ist besonders schlecht. Es werden nur geringe Mengen Kohl und gelbe Rüben angeliefert, wodurch der Brot- und Kartoffelvorrat noch weiter angespannt wird. In einem Sonderbericht aus Kristiansand wird die Versorgungslage wie folgt geschildert:

"Die Lebensmittelversorgung der Zivilbevölkerung gibt zu ernststen Besorgnissen für die kommenden Wintermonate Anlass. Auf 3 Quarzgruben in Krageroe wurden die geforderten Überstunden wegen der ungenügenden Ernährung der Arbeiter abgelehnt. Bei einer Quarzgrube hatten die Arbeiter einen Werktag gefordert, um die Möglichkeit zu haben, durch Fischfang die unzureichende Ernährung zu verbessern. Auf Rationierungskarten gab es in Kristiansand in der vergangenen Woche weder Butter noch Margarine für einen Teil der Bevölkerung. Die Frischfischzufuhr ist vollkommen unzureichend, Gemüse ist nur in geringen Mengen erhältlich. Die Kartoffelernte hat in Aust- und Vest-Agder durch den dauernden Regen in den letzten Monaten stark gelitten. Ein grosser Teil der Ernte ist nass aus der Erde gekommen und es muss mit einem

Kritik.

Viloy

Kritik

12. 12.

12. 12.

12. 12.

12. 12.

grösseren Ausfall durch frühzeitiges Faulen gerechnet werden. Nach Deckung des Wehrmichtsbedarfs kann die Kartoffelversorgung der Zivilbevölkerung in Aust- und Vest-Agder nicht mehr aus der Erzeugung in diesen Gebieten gedeckt werden."

Es ist festzustellen, dass sich in dem Umfang, in dem sich bei der arbeitenden Bevölkerung die Klagen über Versorgungsschwierigkeiten mehren, sie in den wirtschaftlich besser gestellten Kreisen abnehmen, da sich diese im Laufe der Zeit, vermöge ihrer Zahlungskraft, einen gut funktionierenden illegalen Versorgungsapparat geschaffen haben. Nach neuesten Meldungen soll die Hamsterware vielfach durch die Post in Paketen geliefert werden, da man herausgefunden hat, dass Paketkontrollen kaum stattfinden. Andererseits schrecken aber auch die vereinzelt stattfindenden und mangelhaft organisierten Kontrollen der Verkehrswege nicht ab, da die Kontrollstellen oft vorher bekannt sind und die betreffenden Wege gemieden werden. Im übrigen nimmt man in der norwegischen Bevölkerung die getroffenen Massnahmen gegen den Schwarz- und Schleichhandel nicht allzu ernst, sondern erklärt offen, dass man sich weiterhin Lebensmittel beschaffen würde.

Vom Schwarzhandel mit landwirtschaftlichen Produkten zwischen Bauern und Stadtbewohnern wird als neuste Methode berichtet, dass in letzter Zeit von einzelnen Städtern versucht wurde, Bauern in ein finanzielles Abhängigkeitsverhältnis zu bringen. Den Bauern würde Geld zur Anschaffung von Vieh oder landwirtschaftlichen Gebrauchsgegenständen unter der Bedingung zur Verfügung gestellt, dass sie den Geldgebern laufend Milch, Fett, Fleisch, Käse usw. liefern.

In Gesprächen mit Norwegern, die leitende Stellungen in der norwegischen Verwaltung und in der Wirtschaft einnehmen, konnte zu dem Schwarzhandel und dessen Bekämpfung, sowie zu einer Reform des norwegischen Versorgungswesens eine Zurückhaltung und Abneigung bemerkt werden, die offensichtlich darauf zurückzuführen ist, dass diese Kreise mehr oder weniger ebenfalls vom Schleich- und Schwarzhandel profitieren.

Industrie

Die Lage in der Industrie ist gekennzeichnet durch das Transportproblem, die Lage auf dem Rohstoffmarkt, die vorhandene Energie (Elektrizität und Kohle), den Arbeitseinsatz und das Arbeitspotential.

Allgemein sind die Schwierigkeiten im Transportwesen der Anlass zu Betriebseinschränkungen und damit Herabsetzung der Produktion, die bei verschiedenen Unternehmen eine Verminderung der normalen Erzeugungskapazität bis zu 20 % erreicht hat. Dabei spielt die Schiffsraumnot, sowie der Mangel an rollendem Eisenbahnmaterial die grösste Rolle. Ein Ausgleich dieser Schwierigkeiten durch den Einsatz von vorhandenen Kraftwagen ist nicht möglich, da

1. das nur spärlich vorhandene Strassennetz in Norwegen nicht die notwendigen Möglichkeiten bietet,
2. durch den eintretenden Winter die Strassen zum Teil in einem Zustand sind, der sich hemmend für den gesamten Verkehr auswirkt, und
3. die Zuteilung von Kraftstoffen aus den geringen Beständen und aus den Wehrmachtsvorräten nicht erhöht werden können.

Die vorhandenen Rohstoffe werden vom Reichskommissariat und den zuständigen Departements vor allem denjenigen Unternehmen zugeführt, die für die Wehrmacht und für wehrwirtschaftliche Aufgaben arbeiten. Die übrige Industrie kann daher auf Grund der geringen Mengen nur zum Teil versorgt werden. Bei grösseren Zuteilungen würde sich aus den einzelnen Betrieben mehr als bisher herausholen lassen. Durch diese Tatsachen wird die an sich notwendige volle industrielle Erzeugungskapazität nicht erreicht.

Der Beginn des Winters macht die Stromversorgung Norwegens wiederum problematisch, trotzdem die Niederschläge gegenüber dem vorigen Jahre günstiger waren. Verschiedene grössere Kraftwerke sind wie im Vorjahre gezwungen, Sparmassnahmen

anzuordnen bzw. Stromreduzierungen vorzunehmen. Trotzdem bereits sämtliche elektrischen Heizgeräte, sowohl von der norwegischen Zivilbevölkerung, als auch von der deutschen Wehrmacht, stillgelegt wurden und eine allgemeine Stromreduzierung in Kraft trat, musste in manchen Gebieten ab 23 Uhr bis 6 Uhr eine völlige Sperre durchgeführt werden, um in der übrigen Zeit eine ausreichende Strombelieferung zu ermöglichen. Diese Rationierung wirkt sich insbesondere auf die Unternehmen aus, welche eine längere Arbeitszeit eingeführt haben oder in mehreren Schichten arbeiten.

Sehr nachteilig wirkt sich auch dieser Zustand auf das Schiffahrts-Transportwesen aus, da die Rationierung von Strom des öfteren verhindert, Schiffe, die während der Nacht Häfen anlaufen, zu löschen und schnellstens wieder in Fahrt zu setzen.

Bei der Industrierversorgung durch elektrische Energie macht sich auch der allgemeine Mangel an Leitungs-Material, Maschinen, Ersatzteilen und dergleichen stark geltend. Nachlieferungen sind, wie bereits erwähnt, durch die schlechten Verkehrsverhältnisse beeinträchtigt. Aus diesem Grunde konnten auch diesen Sommer die notwendigen Reparaturen nicht rechtzeitig und in vollem Umfange ausgeführt werden.

Aus eingegangenen Berichten geht hervor, dass durch die mangelnde Kohlenversorgung der Zivilbevölkerung trotz Verbot ein verstärkter Verbrauch von elektrischem Heizstrom zu verzeichnen und hierdurch die industrielle Stromversorgung sehr gefährdet ist.

Norwegen leidet dauernd unter erheblichem Kohlenmangel, mit dessen Verschärfung in den Wintermonaten noch zu rechnen ist. Die Belieferung der Industrie kann nur bei den wichtigsten Unternehmen und dann nur mit den grössten Schwierigkeiten aufrecht erhalten werden. Ein Ausgleich der Kohlenlücke durch Holz ist nicht nur auf Grund der Transportschwierigkeiten unmöglich, sondern auch durch den Umstand, dass das Holz für den Schiffsbau, Wehrmachtsbauvorhaben und dergleichen in erheblich gesteigertem Umfang verwendet wird.

- 48 -

Der Arbeitermangel innerhalb der norwegischen Industrie ist nach wie vor akut. Besonders fehlt es an geeigneten Facharbeitern für die Grossbauvorhaben, die aus dem norwegischen Sektor nicht mehr entnommen werden können. Die Bemühungen einzelner Unternehmen zur Einsetzung von Facharbeitern aus dem europäischen Wirtschaftsraum haben bisher nicht den gewünschten Erfolg gebracht. Ebenso fehlen aber auch fast in allen Unternehmungen Hilfs- und weibliche Arbeitskräfte. Ein ganz besonderer Mangel besteht innerhalb der Schifffahrt und Fischwirtschaft an Seeleuten, was sich wiederum sehr negativ auf das Transportproblem und die lebensnotwendige Fischindustrie auswirkt.

Wie bereits in den vorhergehenden "Meldungen aus Norwegen" erwähnt wurde, hat durch die schlechte Ernährungslage die Arbeitsleistung und Arbeitsfreude der norwegischen Bevölkerung weiter nachgelassen. Hierauf wird von der Industrie mit grosser Sorge immer wieder hingewiesen. Dieser Übelstand wird noch durch die politischen Verhältnisse und die hierdurch hervorgerufene Spaltung der Gefolgschaftsmitglieder beeinträchtigt, was die Arbeitsleistung in keiner Weise fördert. Wenn auch die Betriebsführer fast allgemein bestrebt sind, die Kapazität ihrer Unternehmen laufend zu steigern, unterliegt ihre Tätigkeit den vorher aufgezeigten Schwierigkeiten, die praktisch jede Bessergestaltung unterbinden.

Arbeits- und Sozialwesen.

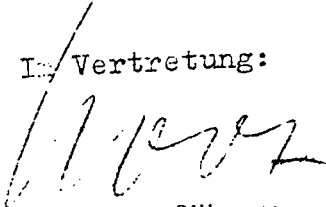
Der Mangel an Arbeitskräften macht sich hinsichtlich der Höhe der Produktion der norwegischen Industrie immer stärker bemerkbar. Nach Meldungen aus den verschiedensten Teilen Norwegens sind selbst die wichtigsten Wehrwirtschaftsbetriebe nicht in der Lage, die für die Aufrechterhaltung ihrer Betriebe notwendigen Arbeiterkontingente zu beschaffen. Nach Auffassung der betroffenen Industrien sei eine Produktionserhöhung in Molybdän, Ferrolegierungen oder Kupfer und Nickel ohne Zweifel für den Kriegsausgang bei weitem entscheidender als der forcierte Bau von Wehrmachtunterkünften, Lebensmittellagern und Stellungsbauten im rückwärtigen Gelände, die auch mit einem geringeren Arbeitseinsatz in etwas längerer Zeit fertiggestellt werden könnten.

Von industrieller Seite wird darauf hingewiesen, dass ein planmässiger Einsatz der zur Verfügung stehenden Arbeitskräfte je nach Dringlichkeit unbedingt notwendig sei. Es müssten in einzelnen Abschnitten Kommissionen aus je einem Vertreter der 3 Wehrmachtsteile, des Reichskommissariates und der Rüstungsaufsicht gebildet werden, die die Aufgabe hätten, den Arbeitseinsatz bei den einzelnen Betrieben und Baustellen zu überprüfen, die Arbeiterzahl für die Bauvorhaben festzusetzen, um Arbeiter für vordringliche militärische und zivile Aufgaben freizumachen. Seitens der wehrwirtschaftlichen und lebenswichtigen Industrie ist man der Auffassung, dass Engpass der Arbeiterfrage weder zu erweitern noch zu beseitigen sei, wenn nicht von höchster Stelle einschneidende Massnahmen getroffen würden, da andernfalls die Durchführung eines grossen Teils der gestellten Aufgaben gefährdet sei. Es wird darauf hingewiesen, dass im Winter 41/42 von norwegischen Unternehmen auf Veranlassung militärischer Baudienststellen Arbeiter ohne nennenswerten Arbeitseinsatz durchgezogen wurden aus der Befürchtung heraus, sie bei einer Entlassung im kommenden Frühjahr nicht zurückzuerhalten. Barcräftige Vergeudung von Arbeitskräften müsste in diesem Winter verhindert werden. Inwieweit während der Frostperiode Arbeiter durch Einschränkung einer Anzahl von Bauvorhaben für andere Aufgaben freigestellt werden könnten, müsste Gegenstand einer laufenden Kontrolle sein. Vonseiten der Industrie werden in diesem Zusammenhang seit mehreren Monaten Klagen darüber laut,

- 50 -

dass die Organisation Todt in erster Linie ihr "Viking-Programm" und daraus wieder das Festungs- sowie Strassenbauvorhaben bevorzuge, während sie für andere Bauvorhaben, wie insbesondere für die Wehrwirtschaftsindustrie weniger Interesse zeigt und im Gegenteil letzterer die Möglichkeit zum weiteren Ausbau und zur Produktionserhöhung entzöge.

In Vertretung:


Sturmbannführer.

Geheim

den 29.12.42

Ic

Nr. 6168/42 G.

8/43 gel.
- 4. JAN. 1943

UR

| | |
|---------------------|----------|
| W. B. Norw. T G. | Bearb.: |
| Eing: 30. DEZ. 1942 | II |
| Tab: 4503/42 | Stennis: |
| Anl: | |

1.) TO ✓

| | |
|-------------------|-----------|
| A. O. K. Norwegen | 239b. OGU |
| O. Qu. Qu. 1 | W 1 |
| Eing: 2 JAN. 1943 | |
| Mitkenntnis | Tab. Nr.: |
| | Anl.: |

*Saftege 6. 47 geforen de 181.
y. d. (24. 12. 1942). 181. 7 d.
zu Melde befunden. Best. 181.
mit wiff. 181. 7 d.*

ELU

126

Qu 2 4/1. 43.

Ziffer abzeichnen
untersuchen und
melden

Wochschrift an I. O.
weiter

[Handwritten signature]

| | |
|---------------------|---------------------------|
| W. B. Norw. T. O. | Bearb: |
| Eng: - 5. JAN. 1943 | <i>[Handwritten mark]</i> |
| Tsb: 4503/40 | miniat |
| Anl: | <i>[Handwritten mark]</i> |